

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

259 (6.11.1930)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber
angegebenen und Stellengelder 6 Pfennig. Die Resten-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterhaltung des
Zeichens, bei geschäftlicher Unterbrechung und bei Konkurs außer Kraft tritt. Erklärungen
und Geschäftsbedingungen in der Rubrik L. 2. o. S. 10. Die Anzeigen-Entnahme 6 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. D. oder halbjährlich 12.50 Mark o. D. Durch die Post
2.80 Mark o. D. Einzelverkauf 15 Pfennig o. 15 Pfennig. Die Anzeigen-Entnahme 6 Uhr vormittags
vermittlungs 11 Uhr o. D. Die Anzeigen-Entnahme 6 Uhr vormittags. Die Anzeigen-Entnahme 6 Uhr vormittags
vermittlungs 11 Uhr o. D. Die Anzeigen-Entnahme 6 Uhr vormittags. Die Anzeigen-Entnahme 6 Uhr vormittags

Nummer 259 Karlsruhe, Donnerstag, den 6. November 1930 50. Jahrgang

Machtkampf in Oesterreich

Entwaffnungsaktion der Heimwehrregierung, Feldgeschütze gegen Städte und Fabriken, Verhaftung eines Abgeordneten Massenkundgebungen in Wien

Wien, 5. Nov. (Eig. Draht.) Die Öffentlichkeit steht unter dem Eindruck der trivialen Aktion der Regierung und zugleich der argen Situation, die sie sich durch diese Aktion geholt hat. Die Neue Freie Presse nennt das Vorgehen der Regierung in ihrem Morgenblatt eine Kompromittierung des Entwaffnungsgedankens. Am Mittwochabend erklärte das Blatt, daß der Eindruck der einseitigen Entwaffnungsaktion ungünstig sei.

Am Mittwoch wurden in der Provinz in zahlreichen Orten teilweise Hausdurchsuchungen vorgenommen. In Wien selbst wurde ein Depot der Feuerwehr durchsucht, ohne daß irgend etwas gefunden wurde. In Linz wurde am Mittwoch in den Betrieben der Partei Hausdurchsuchungen vorgenommen. So wurden durch Posten und Polizeibeamteten Kasse und Kassenbücher durchsucht. Allerdings erfolglos. Eine Abteilung Polizei und Militär mit Maschinengewehren zog am Mittwoch auf den alten böhmischen Markt. Dort fand die Besatzung die Arbeit nieder und führte während der ganzen Dauer der Hausdurchsuchung nicht in den Betrieb zurück. Die Durchsuchung blieb auch hier vollkommen erfolglos. In der amtlichen Meldung, die am Dienstag herausgegeben wurde und in der von einem angeblichen Fund von Handgranaten gesprochen wird, ist eine große Blamage. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um Handgranaten, sondern um Solkatrawa, wie sie zu Übungen des Schutzbundes verwendet werden. Wirkliche Granaten wurden in ganz Oberösterreich nicht gefunden. Die Stadt Steyr ist auch am Mittwoch von Militär besetzt. Eine Feldkanonenbatterie ist in Steyr eingezogen und hat vier Geschütze in Stellung gebracht, die allerdings auf den Protest des Bürgermeisters mit Keifsa verdeckt wurden. In Wiener Neustadt wurden auch am Mittwoch wieder eine Reihe von Hausdurchsuchungen vorgenommen. Besonders an den beiden Tagen in der Steiermark getrieben. In Leoben, dem Zentrum der alpinen Montangesellschaft, wurden am Mittwoch den ganzen Tag neue Durchsuchungen in den Arbeiterhäusern vorgenommen. Es wurden einige Spaten, Belle und Felle gefunden. Mehrere ergaben es in Bruck, wo ebenfalls drei Feldkanonen in Stellung gebracht wurden, deren Rohre gegen die Stadt gerichtet waren. Erst auf die Intervention des sozialdemokratischen Bürgermeisters wurden auch hier die Wühlanlagen der Kanonen verdeckt.

Am Mittwochabend gegen 8 Uhr hat trotz des strömenden Regens die große Versammlung vor dem Rathaus begonnen, wo Hermann Müller und Dr. Deutsch Ansprachen hielten. Die Versammlung schloß sich der große Fackelzug des republikanischen Schutzbundes und der Sportorganisationen.

Eine Massenkundgebung

Wien, 5. Nov. (Eig. Draht.) Wer gemeint hat, daß die österreichische Arbeiterkraft durch die Provokationen der Heimwehrregierung in ihrem Kampfesmut und ihrer Entschlossenheit nachgelassen hätte, den dürfte der Anblick, der am Mittwochabend stattfindenden Massendemonstration vor dem Rathaus und des darauffolgenden Marsches durch die Ringstraßen eines besseren belehrt haben. Trotz des strömenden Regens haben sich etwa 20000 Menschen vor dem Rathaus versammelt und in den anliegenden Straßen angehäuft. Die Demonstration war eigentlich als eine Kundgebung der sozialistischen Jugend und der Arbeiterportverbände gedacht, aber ein großer Teil auch der sonstigen Arbeiter Wiens war dem Ruf gefolgt, obwohl zur selben Zeit in verschiedenen Bezirken Massenversammlungen der Partei in geschlossenen Räumen stattfanden, die alle überfüllt waren.

Verfassungsbruch

Wien, 5. Nov. (Eig. Draht.) Heute früh ist die Verhaftung eines sozialdemokratischen Nationalratsabgeordneten durch die Heimwehrregierung erfolgt. Der Genosse Paul Schellinger, Abgeordneter von Wiener-Neustadt, und Verbandsleiter der dortigen Metallarbeiter, ist festgenommen worden.

Mageres Ergebnis der österreichischen Hausdurchsuchungen

Wien wird uns berichtet: Das gesamte Ergebnis der großen Aktion, die die Regierung unternommen hatte, um einerseits die Sozialdemokraten und ihre Aktion auf innere Abstützung vor der Öffentlichkeit herabzusetzen und andererseits die Arbeiter zu Unversöhnlichkeit zu provozieren, besteht selbst nach christlichsozialer Abschätzung in 4000 Gewehren und 20 Maschinengewehren in ganz Oesterreich. In Wirklichkeit sind aber nur 3000 Gewehre in ganz

Oesterreich beschlagnahmt worden, von denen 2900 in Wiener Neustadt von der Burgenlandtruppe her und in Steier von beschlagnahmten Heimwehrtruppen her in paritätischer Verwaltung gewesen waren und der Regierung schon längst bekannt waren, sowie vier Maschinengewehre, ein für den Riesenapparat geradezu lächerliches Ergebnis, umso mehr, da die in Tirol beschlagnahmten Waffen dem von der Regierung anerkannten Brauch der Tiroler Waffenfreiheit nicht zuwiderlaufen. Die Leitung des republikanischen Schutzbundes hat übrigens den Behörden sehr genaue Angaben über Waffenlager der Heimwehr gemacht. Die Sicherheitsbehörden haben sich aber gemeigert, diese Angaben in Empfang zu nehmen. Im Wiener Landtag wurde u. a. von den Sozialdemokraten auch eine Anfrage eingebracht, in der darauf verwiesen wird, daß am Samstag und am Montag früh von Wien eine große Menge von Waffen und Ausstattungsgegenständen auf der Donau für den Bundesführer der Heimwehr und Minister Starheimberg nach Linz gebracht wurde.

Der Schutzbund wacht

Von Julius Deutsch, Wien
Während die Straßen vom Lärm der Umzüge widerhallen, die Plakate in grellen Farben für die Parteien werden und die Redner fleißig von Versammlung zu Versammlung eilen, mit einem Worte alles so aussieht, als ob der Wahlkampf seinem Höhepunkt zuströbe, erheben sich bald da und bald dort zweifelnde Stimmen. Wird am 9. November überhaupt gewählt werden? Wird nicht schon vor diesem Tage ein Heimwehrputsch der Demokratie ein gewaltiges Ende bereiten? Man darf diese Fragen jetzt nicht frei und offen in Oesterreich erörtern. Denn seit die verantwortliche Dummheit der

Amerikas Kongresswahlen

Niederlage der Hooverpartei - Sieg der Demokraten - Große Aussichten für die kommende Präsidentschaftskandidatur des Demokraten Roosevelt

Newport, 5. Nov. (Eig. Draht.) Die Wahlen für den amerikanischen Kongress zeigen einen ausgesprochenen Triumph der demokratischen Partei und eine schwere Niederlage der republikanischen Regierungspartei, die hauptsächlich auf den Zusammenbruch der Prohibition und den wirtschaftlichen Niedergang des letzten Jahres zurückzuführen ist. Die Prohibitionsgegner gewinnen im Bundeskongress beträchtlich, so daß künftig gezielteberliche Ausweisungen gegenüber der Antialkoholbewegung nicht ausgeschlossen sind. Der Wahlausfall bedeutet ein Misstrauensvotum gegen Hoover und eine außerordentliche Stärkung der kommenden Präsidentschaftskandidatur des demokratischen Gouverneurs von Newport Roosevelt. Die Hoover-Regierung sieht sich im nächsten Jahr einer größeren Majorität in beiden gesetzgebenden Säulern gegenüber, wodurch eine erhebliche Zulammenarbeit fast unmöglich ist. Die Zusammenlegung des künftigen Bundespräsidentenhanies ist nach unvollkommener Zulammenstellung:

188 Demokraten, 180 Republikaner, 66 noch zweifelhafte, jedoch zum Hauptteil Demokraten.

Der Bundes Senat wird wahrscheinlich 46 Demokraten gegen bisher 39 haben, was allerdings nicht zu einer absoluten demokratischen Mehrheit ausreicht. Man erwartet jedoch ein Zulammenarbeiten der unabhängigen republikanischen Bundes Senatoren mit den Demokraten. Das würde sämtliche Regierungsmassnahmen blockieren.

Die demokratischen Gewinne sind besonders ausgeprägt in Newport, Illinois, Connecticut und Massachusetts. Die Newporter Roosevelt-Mehrheit wird auf 800 000 geschätzt. Die Demokraten haben alle Südstaaten wiedergewonnen, die in den Hooverpräsidentschaftswahlen an die Republikaner verloren gingen.

Die Gouverneurswahlen zeigen eine ähnliche demokratische Richtung. Die sozialistische Stimmenzahl ist recht bedeutend, wenn auch sie hinter den Erwartungen zurückbleibt. Der Newporter sozialistische Gouverneurskandidat Waldman erhielt knapp 200 000 Stimmen. Das bedeutet eine Verdoppelung der Stimmenzahl seit den letzten

Wahlen. Es ist die stärkste Stimmenszahl seit 1920, was angesichts der Situation des Sozialismus in Amerika viel bedeutet, wenn es auch praktisch nicht zum Ausschlag kommt.

In Minnesota wurde zum erstenmal ein der Farmer- und Arbeiterpartei angehörender Kandidat für den Gouverneursposten gewählt. In Northampton (Massachusetts), der Heimatstadt des früheren Präsidenten Coolidge, siegen die Demokraten trotz einer Rede Coolidges im Rundfunk, in der er sich für den republikanischen Kandidaten einsetzte.

Bei der Volksabstimmung über die Prohibitionstrage stimmten im Staate Rhode Island 172 545 für und 48 549 gegen die Aufhebung des Prohibitionsgesetzes. Im Staate Illinois, wo gleichfalls eine Volksabstimmung über die Alkoholfrage stattfand, sprachen sich 428 511 gegen und 157 455 für die Aufrechterhaltung des Prohibitionsgesetzes aus.

Newport, 5. Nov. Nach den bis 6 Uhr abends vorliegenden Wahlergebnissen sind 194 Republikaner und 200 Demokraten in das Repräsentantenhaus gewählt, während 41 Mandate noch unentschieden sind.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind von den 35 Senatsmandaten, die zur Wahl standen, 13 den Republikanern und 16 den Demokraten zugefallen, 6 Resultate stehen noch aus. Die Republikaner verfügen somit über 47, die Demokraten über 42 Sitze und die Farmerarbeiterpartei über einen Sitz im Bundes senat. Zur Mehrheit sind 49 Sitze erforderlich.

Newport, 5. Nov. Roosevelts Gouverneurliche mit einer Mehrheit von nahezu 3 Millionen Stimmen, die bisher in solchem Umfange nur bei Präsidentschaftswahlen in Newport erzielt wurde, nämlich von den republikanischen Kandidaten Harding und Coolidge, läßt ihn in demokratischen Kreisen als aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1932 erscheinen. Auch in der republikanischen Presse wird mit dieser Möglichkeit gerechnet.

Bergwerksunglück in Amerika

160 Tote im Kohlenbergwerk von Ohio

Athens (Ohio), 5. Nov. In der benachbarten Ortschaft Millfield ereignete sich in der der Sunday Creek Kohlenbergwerk gehörigen Kohlengrube eine Schlagwetterexplosion. Zur Zeit der Explosion waren 300 Bergleute eingefahren, von denen mehr als die Hälfte bisher gerettet werden konnte. Unter den Geretteten befinden sich zahlreiche Verletzte. Die Grube steht in Flammen. Nach den letzten Meldungen sind noch mehr als 100 Bergleute in der brennenden Grube eingeschlossen. Davon befinden sich einige in Stollen, die mehrere Kilometer von dem Schacht eingang entfernt liegen.

Unter den Eingeschlossenen befindet sich auch der Präsident der Kohlenbergwerk, Titus. Die Explosion erschütterte die ganze Umgebung. Zahlreiche Frauen und Kinder eilten angst erfüllt zum Schacht eingang. Das Rettungswerk wurde sofort in größtem Umfange eingeleitet. Es sind Ärzte und Sanitätsmannschaften angefordert worden.

Athens (Ohio), 5. Nov. Nach den letzten Meldungen sind bei der Schlagwetterexplosion in der der Sunday Creek Kohlenbergwerk gehörigen Grube 160 Bergleute ums Leben gekommen. Die Rettungsarbeiten begegnen außerordentlich großen Schwierigkeiten, da die Einfahrtollen vollkommene vergast sind. Erst am späten Nachmittag gelang es der Rettungssolonne, mittels der eilends herbeigeschafften Gas- und Rauchmasken einzufahren. Sie mußte jedoch nach kurzer Zeit wieder an die Oberfläche zurückkehren. Kurz darauf erfolgte in der Grube eine neue Explosion, die durch den Luftschacht neue Flammengarben emportrieb.

Christlichsozialen einige Heimwehrmänner in die Regierung gebracht hat, weht ein scharfer Wind in den Kanzleien der Pressestaatsanwälte. Alles was „beunruhigen“ könnte, wird rücksichtslos konfisziert. Die Zeitungen erscheinen so wie in der Kriegszeit mit großen weißen Flecken, welche künden, daß dort etwas stand, was die strengen Augen des Zensors für ein „beunruhigendes Gerücht“ hielten oder gar für eine „Aufreizung“...

So etwas darf in Oesterreich den Zeitungslesern nicht vorgezeigt werden. Wenn gleich es einige Stunden später mehr Leute wissen als jemals in normalen Verhältnissen bekannt geworden wäre. Nichts ist bei uns populärer als ein konfisziertes Zeitungsblatt. Wer sonst sein Lebtag keine Zeitung anschaut, läuft sich die Füße wund, um nur ja ein konfisziertes Blatt zu erhalten. Auf diese Weise sorgt die Regierung für das Bekanntwerden der beunruhigenden Gerüchte.

Kein Zweifel: Die österreichische Öffentlichkeit ist wirklich beunruhigt. Sie vernimmt die wilden Reden der Heimwehrminister und verläßt sich dann begreiflicherweise auch auf die mehr oder weniger lahmten Dementis nicht, die von Regierung wegen sich wie ein Nieselregen über das Land ergießen. Wiederholte doch der Innenminister Starhemberg, dem die Gendarmerie und Polizei unterstehen, am 29. Oktober in einer Wiener Versammlungsrede neuerlich das Drohwort, mit dem er sein „Regieren“ begonnen hatte: „Wir sind einmal daran und — mögen die Wahlen ausgehen wie immer — wir werden die Fügel nicht mehr aus der Hand geben.“

Andere Heimwehrführer wollen die Wahlen gar nicht erst abwarten, sondern rüsten zum Marsch nach Wien. In der Steiermark werden fleißig Waffen verteilt, militärische Übungen abgehalten und die unterschiedlichen Heimwehrgeneräle brüten über Generalstabstarten, Pläne schmeißend, wie man es anstellt, um loszuschlagen. Je geringer die Aussichten der Heimwehrführer werden, bei den Wahlen einen Erfolg zu erzielen, um so größer wird die Neigung, es überhaupt zu Wahlen nicht kommen zu lassen. Freilich, dieser Neigung wirkt manches sehr entgegen. Vor allem die Entschlossenheit des österreichischen Proletariats, sich jeder Gefährdung der Demokratie mit allen Mitteln zu widersetzen. Die Heimwehrführer wissen, daß der Republikanische Schutzbund und mit ihm die gesamten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen kampfbereit sind. Das kühlt ihren Eifer.

Sie verlassen sich nicht auf die Scharen der Heimwehrmänner, die im Ernstfalle zusammenzuziehen würden wie der Schnee in der Frühlingssonne, sondern setzen ihre Hoffnung auf den „Putz von oben“, auf den Staatsstreich der Starhemberg und Vaugoin. Die beiden wären unter Umständen ja tatsächlich bereit, sich in ein solches Abenteuer zu stürzen, aber es gibt für sie gleichfalls gewisse Hemmungen... Die Kraft des Proletariats läßt auch ihnen nicht die ersehnte Putzfreiheit. Die gesamte öffentliche Meinung ist gegen jedes derartige Experiment. Die Vertreter der Wirtschaft erheben warnend die Stimme. Und nicht zuletzt blüht das Ausland mit offenbarem Mißbehagen auf die Störenfriede der europäischen Ruhe. Unter solchen Umständen putzt man nicht so leicht.

Man kann deshalb mit ruhiger Gewißheit voraussagen, daß es trotz aller Gerüchte und trotz der Verjüngung gewisser Kreise, einen Wirbel zu erzeugen, schließlich niemand wagen wird, die Wahlen zu verhindern. Es wird also gewählt werden!

Im Wahlkampf stehen sich zehn Parteien gegenüber. Das ist beträchtlich weniger als bei den Wahlen in Deutschland, aber noch immer mehr als genug. Von diesen zehn wahlwerbenden Parteien werden allerdings die meisten nicht ein einziges Grundmandat, das die Voraussetzung für die Zuzählung von Reststimmenmandaten ist, erlangen und deshalb überhaupt im neuen Nationalrat nicht vertreten sein.

Bisher war die Christlichsoziale Partei die stärkste Partei des Nationalrates. Sie zieht verbündet mit einem Teile der Heimwehren in die Wahlkampf. Dieses Bündnis wird ihr schlecht bekommen. Sie müßte einige großmäulige Heimwehrführer auf ihre Listen nehmen, aber als Generale ohne Soldaten.

Die Heimwehriolanten sind zum „Heimatblat“ defertiert, das ist eine Gründung Starhembergs, die selbständig, also auch gegen die Christlichsozialen, kandidiert. Es ist fraglich, ob es dem „Heimatblat“ gelingen wird, irgendwo ein Grundmandat zu erkämpfen. Aber selbst wenn ihm das gelingen sollte, wird die Zahl der erkämpften Mandate an den Fingern einer Hand abzuzählen sein. Wonach die ganze Welt ersehen wird, wozu ein Schwindel bislang mit dieser „unwiderstehlichen“ Volksbewegung getrieben worden ist.

Die zwei kleineren bürgerlichen Parteien, die bislang im Parlament mit 21 Mandaten vertreten waren, die städtischen Grobdeutschen und der agrarische Landbund, kandidieren diesmal auf einer gemeinsamen Liste unter der Führung Dr. Johann Schobers. Es ist möglich, daß es ihnen gelingt, den schlecht geführten und innerlich zerfahrenen Christlichsozialen einige Mandate abzunehmen.

Die Nationalsozialisten und die Kommunisten, die beide sehr viel Geschrei machen, haben in Oesterreich nicht die geringste Aussicht, auch nur ein einziges Mandat zu erlangen. Es wird ihnen nichts helfen, daß sie sich aus Deutschland Redner zu Dutzenden verschrieben haben. Beide Gruppen werden hierzulande nicht ernst genommen. Es sind in dieser Beziehung auch keine solchen Ueberraschungen möglich, wie in Deutschland, weil es keine irgendwo in Betracht kommenden Reserven von Nichtwählern gibt, auf deren triebhafte Intinkte zu spekulieren wäre. Die Wahlbeteiligung betrug schon bisher im Durchschnitt 90 Prozent, ist also kaum erheblich zu steigern.

Mit großen Chancen zieht die Sozialdemokratie ins Feld. Angesichts des offenbaren Verfalls der antimarxistischen Politik, ihrer wirtschaftlichen Ergebnislosigkeit und ihres moralischen Verfalls wurde der Kampf gegen die bürgerliche Reaktion zu einem Gebot der Reinigung des öffentlichen Lebens. Die Sozialdemokratie hat Aussicht, die stärkste Partei im Nationalrat zu werden.

Gelingt dies, dann werden alle wüsten Drohreden der Heimwehrführer nichts daran ändern, daß die Götterdämmerung der Herrschaftsjährlichen Reaktion abricht.

Terror in Warschau

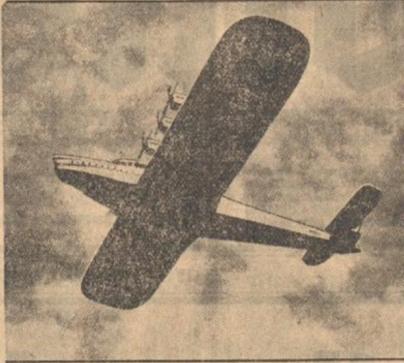
Warschau, 5. Nov. Mit Knüppeln, Keulsternen und Tränen gasarten ausäckerter Stobtruppen der Regierungspartei verließen gestern abend mehrmals, den Würgerklub zu führen, wo eine Wahlversammlung der Nationaldemokraten stattfand. Bei dem Sandesmenge gaben die Warscheier mehrere Schüsse ab. Zahlreiche Verlesenen wurden verletzt, darunter sieben Kinder.

Die nationaldemokratische Gazetta Warschawski betont, daß sich die Polizei passiv verhalten habe. Auch der rechtsstehende Kurier Warschawski spricht von einer abstoßlichen Ausdehnung des Wahlterrors in der Hauptstadt, was den im Lande herrschenden Zuständen ein unerhört trauriges Zeugnis ausstelle.

Do X gestartet



Kapitänleutnant Friedrich Christianien, der Führer des Do X-Fluges.



Do X, der Welt größtes Flugzeug



Claudio Dornier, der Konstrukteur des Flugbootes.

Do X in Amsterdam gelandet

Nachdem das Flugboot „Do X“ Mittwoch mittags 11.30 in Altenrhein startete, vollzog sich der Flug luftegenau. Die Besatzung des „Do X“ besteht aus 12 Mann, nämlich dem Kommandanten, zwei Piloten, je einem Navigations- und Funkoffizier, den leitenden Ingenieuren und 6 Bordmonteuren. Zur Erfüllung besonderer Aufgaben auf einzelnen Flugstrecken wird die Besatzung verstärkt werden. Kommandant ist Kapitän Christianien. Der Kurs: Altdorf—Mannheim—Ludwigslofen—Mainz—Köln—Düsseldorf.

Amsterdam, 5. Nov. Das Flugboot „Do X“ landete um 16.30 Uhr glatt dicht in der Nähe des großen Flughafen des Amsterdamer Marineluftflughafens Schellingwoude.

Amsterdam, 5. Nov. Das deutsche Flugboot „Do X“ wurde nach seinem Niedergehen im Marineluftflughafen Schellingwoude sofort von einer Flottille von Motorbooten umringt. Eine Motorbaraffe der holländischen Marine ergriff die ihm von „Do X“ zugeworfene Leine und nahm das deutsche Flugboot ins

Schlingwoude. Während des Abziehens wurde der Besatzung des „Do X“ von den Insassen der Motorboote eine

lebhaftes Begrüßung

dargebracht. Da eine Bergung des „Do X“ in und unmittelbar vor dem Flughafen der holländischen Marine wegen seines großen Umfangs nicht in Frage kommen konnte, mußte das Flugboot

mitten im Wasser

in einer Entfernung von 50 Metern vor dem Flughafen ankernd verbleiben. Von allen Seiten näherten sich neue Motorboote, von denen aus etliche Photographen Bildaufnahmen machten. Vertreter der Amsterdamer Hafenbehörde besahen sich zur

Erklärung der Besatzung an Bord

„Do X“ dürfte

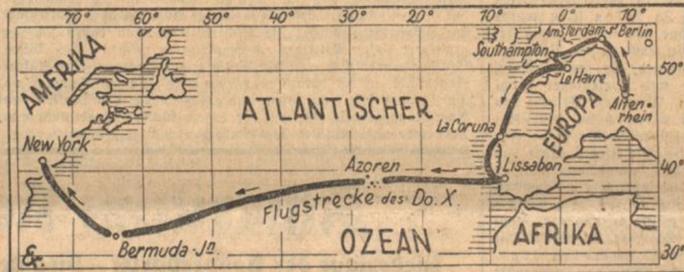
mehrere Tage in Amsterdam

bleiben. Er wird zunächst einige Probe- und Vorführflüge

vornehmen. Für morgen vormittag ist eine

offizielle Besichtigung

des Flugbootes vorzusehen.



Die Kienstrecke vom Bodensee über Altdorf, Southampton nach Amsterdam, von da über die Azoren und Neufundland nach New York, die das Flugboot in mehreren Etappen zurücklegen wird.

Zur Gehaltskürzung

Berlin, 5. Nov. (Eig. Draht). Der Gelektentwurf über die Kürzung der Beamtengehälter, den die Reichsregierung dem Reichsrat vorgelegt hat, sieht eine Gehaltskürzung ab 1. April 1931 vor. In der Verwaltungsvorschrift der Reichspost hat der Reichspostminister Schädel von einer Kürzung der Beamtengehälter ab 1. Januar 1931 gesprochen. Man hat da die Absicht der Reichsregierung herausgefunden, die Gehaltskürzung bereits drei Monate früher vorzunehmen. Die Reichsregierung befreit eine solche Absicht, läßt sie jedoch offen, daß im Reichsrat ein derartiger Antrag gestellt wird.

Im Zusammenhang mit den Beratungen des Reichsrats ist das Gerücht aufgetaucht, daß die Regierung beabsichtigt, die Kürzung der Beamtengehälter durch Notverordnung vorzunehmen. Demgegenüber verweist die „Germania“ darauf, daß die Regierung selbstverständlich die im Reichsrat erlegten Gesetze dem Reichsrat aufzulegen werde. Es sei eine Ausgeburt der Phantasie, von einer Intraffizierung der Gehaltskürzung auf dem Wege der Notverordnung zu reden.

Die Reichsratsausschüsse haben inwieweit die Einzelberatung der Gelektentwürfe begonnen. Am Mittwoch wurde in erster Lesung der Entwurf des Gehaltskürzungsgesetzes verabschiedet. Dabei ist der Termin des 1. April 1931 vorgegeben.

Frick's Politik des Inzeratenboykotts

Soll der „Magismus“ damit gefügig gemacht werden?

Frick hat der sozialdemokratischen Ostbühlinger Tribüne die Inzerate entzogen. Auf eine Anfrage des Verlags des thüringischen Innenministers erfolgte die Antwort:

„Die Zahl der Tageszeitungen, denen amtliche Bekanntmachungen der staatlichen Polizeiverwaltung zugehen, ist von uns aus Sachamtsgründen beschränkt worden. Wenn sie sich bereit erklären, die Bekanntmachungen kostenlos aufzunehmen, sind wir bereit, sie Ihnen zuzustellen.“

Die sozialdemokratische Fraktion des thüringischen Landtags wird Herrn Frick wohl eine entsprechende Antwort geben.

Luigi facta †

Eine Erinnerung und Mahnung zugleich

Der frühere italienische Ministerpräsident Luigi Facta ist am Mittwoch nachmittag in seinem Wohnort Pinerolo im Alter von 69 Jahren gestorben. Facta hat eine große und verhängnisvolle Rolle in der neuesten Geschichte Italiens gespielt, denn er war der letzte parlamentarische Ministerpräsident Italiens vor Mussolini. Senator Facta ist der Mann, der den Marsch auf Rom am 28. Oktober 1922 nicht zu verhindern wußte. Fast widerstandslos ließ er sich die Macht von Mussolini und seinen Schwarzhemden entreißen. Er spielte eine grausame Rolle und zwar die des Mannes, der niemals recht an die Gefahr glaubte, und sich als der Mann Gioiottis des einflussreichen allgewaltigen Beherrschers Italiens, so sicher fühlte, daß er nicht recht an die tatsächliche Gefahr glauben konnte. Er wurde einfach überrollt. Seine Vorstellungen, daß Mussolini sich mit dem alten Fuchs und Parlamentarier Gioiotti in einem Kabinett einigen würde, wurden entworfen. Er gab die Macht in einer so traurigen Art ab, wie nie ein Parlamentarier sich vor der Geschichte desavouiert hat.

Börjenshandel rund um Tardieu-Kabinet

Paris, 5. Nov. (Eig. Draht). Die Regierung Tardieu, die ihrer Amtseinführung eine unerhörte Prosperität in Aussicht gestellt hatte, scheint jetzt — o Ironie des Schicksals — einen Börsensturz verurteilt zu werden, der seit dem Wochende die Finanzstraßen in Paris in Atem hält. Vor einigen Tagen geriet die bekannte Duffrie — eine ungeheuer reichhaltige Spekulationsbank — die sich während der Frankfurter Währungsreform mit rücksichtslosen Mitteln einen Platz an der Börse zu verschaffen wußte, in Schwierigkeiten.

Vergeblich versuchte Finanzminister Chenoux mit den größten Banken über die Stützungssaktion zu verhandeln. Als seine Bemühungen erfolglos blieben, ließ er die Kurie aller von der Duffrie kontrollierten Börsenwerte aus der Kursliste streichen. So konnte er durch Unterbindung jeglicher Geschäfte die Duffrie notdürftig über Wasser halten.

Aber eine ganze Reihe anderer Institute, die mit der Duffrie in Geschäftsverbindung standen, brachen zusammen. Am Mittwoch stellte sich nun heraus, daß in der Spekulationsbank Duffrie nicht nur Parlamentarier und Senatoren, sondern auch führende Mitglieder der Regierung Tardieu aus dem Kabinett in Frage kommende Minister, der sich schon den Posten des Finanzministers inne hatte, soll erst vor wenigen Wochen seine bescheidenen Aufsichtsratsposten bei der Bank Duffrie niedergelegt haben. Der Standal hat selbstverständlich in parlamentarischen Kreisen ungeheure Entrüstung hervorgerufen und dürfte in den nächsten Tagen im Plenum zur Sprache kommen.

Karstadt A.-G. und Lebensmittelge...

Braunschweig, 5. Nov. Die weiteren Vernehmungen des Beamten des Landesstrafvollzugsamtes haben den Verdacht der wiederholten Verleumdung gegen das Lebensmittelgeschäft im Betriebe der Karstadt A.G. in Giesmarode soweit verflüchtigt, daß der kaufmännische Direktor Gustav Feine, der bereits vorzeitig vorläufig festgenommen worden war, gestern nachmittag dem Justizamt vorläufig freigegeben und in Unterhofschaft genommen wurde. Die weitere Untersuchung durch einen neutralen tierärztlichen Sachverständigen hat ergeben, daß die beschuldigten Waren aus dem Karstadt-Betriebe und für den menschlichen Genuß unbrauchbar sind. Die für die Karstadt A.G. in Betracht kommenden Waren sind durch das Amtsgericht besichtigt.

Zu den Vorgängen in der Fleischwarenfabrik Strud der Karstadt A.G. veröffentlicht die Firma eine längere Mitteilung, in der die Ansicht ausgesprochen wird, daß bei der behaupteten Sachverhalte der beantragten Fleischwaren nicht so vorzuziehen sind, daß eine einwandfreie Klärung des Sachverhaltes möglich bleibe.

Vor der Tagung des Abrüstungsausschusses

Brüssel, 9. Nov. Die deutsche Delegation ist unter Führung von Graf Bernstorff zur Tagung vollständig eingetroffen. Die Tagung ist die Fertigstellung des Entwurfs eines allgemeinen Abrüstungsabkommens, das der Weltabstimmungstreffen vorzulegen werden soll.

Freistaat Baden

Sieht so die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus?

Sonderbare Vorgänge im Landesarbeitsamt Südwestdeutschland

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland hielt eine Sitzung eines landwirtschaftlichen Sachausschusses ab. Da das Angebot von Arbeitskräften während dieses Sommers erheblich höher, die Nachfrage aber wesentlich geringer war als in den Vorjahren, so kann von einem Mangel an Arbeitskräften überhaupt keine Rede mehr sein. Es wurde u. a. berichtet, daß es kurz nach der Ernte schwerer, überhaupt noch einen Knecht unterzubringen. Trotzdem verlangten die Arbeitgebervertreter, daß im Jahre 1931 für Baden und Württemberg wieder 1281 ausländische Arbeiter zugelassen werden sollen. Die Arbeitnehmervertreter stimmten ansehnlich der Tatsache, daß im Bezirk über 100 000 Arbeitslose vorhanden sind, dafür, daß ausländische Arbeiter überhaupt nicht zugelassen werden. Der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes entschied sich darauf für die Zulassung von 1084 Ausländern. Öffentlich gibt es gegen diesen Entschluß im Interesse der Lohnbrüder durch die Arbeitgeber erfolglos Entschlüsse eine Reklamationsmöglichkeit.

Beabsichtigter Studenten-Unfug in Heidelberg

Der D. 3. meldet aus Heidelberg: Die an der Heidelberger Universität eingeschriebenen „nationalen“ Studenten wollen am kommenden Freitag gegen die Ernennung des leitenden Privatdozenten Dr. Gumbel an der hiesigen Universität zum ao. Professor protestieren. Hinter dem einberufenen Aktionsausschuss stehen in der Hauptsache die Großdeutsche Studentenvereinsgemeinschaft und der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Wir nehmen an, daß das Unterrichtsministerium und die Universitätsbehörden Mittel und Wege finden, um mit entsprechender Energie diesem beabsichtigten Unfug zu begegnen.

Die Deutsche Volkspartei macht sich mauzig

Die Deutsche Volkspartei Baden scheint sich alle Mühe zu geben, den Weg der Deutschnationalen zu wandeln. Sie glaubt, ähnlich wie die badischen Deutschnationalen, je weiter rechts sie tritt, umso größer seien ihre Chancen. Doch das ein Ziel ist, haben die badischen Deutschnationalen bereits zur Genüge erfahren. Dies hindert jedoch die Karlsruher Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei nicht, in einer dieser Tage stattgefundenen Versammlung nach einem Vortrag des Oberbürgermeisters und Landtagsabgeordneten Bauer eine Entschiedenheit anzunehmen, in der erklärt wird: „Die Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei Karlsruhe spricht sich bei einer evtl. Umbildung der Regierung gegen jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie aus“. Nachdem die Sozialdemokratie bisher keinerlei Neigung gezeigt hat, sich etwa um eine Beitritt zum an der Regierung Brünning zu reihen, ist dieser Beschlus an sich ein höchst belangloses Unternehmen. Beachtlich ist er jedoch dadurch, daß er zeigt, wie sozialistenfeindlich sich die Deutsche Volkspartei gebildet und wie stark auch die Deutsche Volkspartei in Baden mit den Nationalsozialisten liebäugelt. Uns falls recht sein, wenn die Deutsche Volkspartei sich nicht anders aus ihrer Zusammenbruchssituation zu helfen weiß, als auf diese Weise. Wer jedoch von den ehemaligen volksparteilichen Wählern nur ein Stück verheißenen Sinnes sich erhalten hat, weiß nummehr, wie er daran ist und wird dementsprechend seine Konsequenzen ziehen, indem er sich absetzt, eine Partei zu wählen, die immer mehr im Begriffe ist, ein Anhängel jener Parteien zu sein, deren Hauptgrundlage Feindschaft gegen die Arbeiterbewegung ist.

Eine Hakenkreuzleuchte als Kusse in Paris

Wo war Herr Rosenberg während des Weltkrieges?

Wenn sich auch die wissenschaftlichen Korpsphären des nationalsozialistischen Führers sehr wichtig vorkommen, so treten sie doch an Bedeutung gewaltig zurück gegenüber dem nationalsozialistischen Oberbunzen in München, Herrn Chefredakteur Alfred Rosenberg vom Völkischen Beobachter, dessen Weisheit von den Nationalsozialisten für würdig befunden wird, über ganz Deutschland ausgetragen zu werden. Denn dieser Nationalsozialist mit dem sonst in nationalsozialistischen Kreisen sehr anrüchigen Namen Rosenberg ist nicht irgend wer, sondern einer der maßgebendsten Berater des nationalsozialistischen Oberbunzen Hitler. Seit den Reichstagswahlen gehört nun Herr Rosenberg dem Reichstag an und da finden wir in der Biographie des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten eine bedenkliche Lücke, über die bisher kein Wort geschrieben worden ist. Sie fällt in die letzten Jahre des Weltkrieges. Der Vorwärts ist imstande Angaben zu machen, durch die diese Lücke geschlossen wird. Er schreibt:

„Der ehemalige Kusse Rosenbergs, Chefredakteur des Völkischen Beobachters“ und Reichstagsabgeordneter, hat den sich hartnäckig gegen den Antrags und Anlaß der Strafkammer in jener Zeit gegen Deutschland gewehrt.“

Das also ist einer der patentierten Nationalsozialisten, die andere des Verrats bezüchtigen. Während des Krieges als Kusse in Paris leben und heute Deutsche, die bis zum letzten im Weltkrieg ihre Pflicht erfüllten des Vaterlandstums, wie er einzig und allein von nationalsozialistischen Seite gepredigt werden kann. Der Vorfall steht allerdings nicht wendend gerade in den letzten Tagen wieder neuen Forderungen der Medlenburgischen Herzogsfamilie, deren Vertreter Herzog

Schwerbelasteter Nazi-Minister

Die Skandalaffäre des braunschweigischen Nazi-Ministers Ein lauberer Gerichtsbeschluss

Braunschweig, 5. Nov. (Ein. Draht.) Vor dem Landgericht in Braunschweig fand heute die Verhandlung gegen den sozialdemokratischen Volksfreund statt, gegen den Dr. Franzen eine einstweilige gerichtliche Verfügung erwirkt hatte dahingehend, daß dem Volksfreund unterliegt wurde, beleidigende Behauptungen gegen Dr. Franzen aufzustellen und weiter zu verbreiten, bis der Hauptprozeß eine endgültige Entscheidung brachte. Der Volksfreund, vertreten durch den früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Rechtsanwalt Dr. Jasper, stellte gegenüber der einstweiligen Verfügung den Antrag, sie aufzuheben und die Kosten des Verfahrens dem Minister Dr. Franzen aufzuerlegen.

Die Verhandlung, die unter Leitung des Landgerichtsdirektors Hoff im großen Schmutzgerichtsraum stattfand, war vom Publikum und Presse außerordentlich stark besucht.

Dr. Franzen, der am Tage vorher im braunschweigischen Landtag erklärt hatte, daß er nicht beabsichtige, die Verhandlung auf das Vorhandensein der formellen Beleidigung zu beschränken, sondern daß er den größten Wert auf die tatsächliche Feststellung lege, daß sich die Beleidigungen auf falsche Behauptungen stützten, hatte eine Reihe von Zeugen geladen, um den „Fall Franzen“ möglichst zu klären. Den vom Gericht geladenen Zeugen, den Polizeimajor Heinrichs aus Berlin, dem preussischen Landtagsabgeordneten Lohse (Nazi), und dem Landwirt Guth aus Schleswig-Holstein waren vom Antragsteller Dr. Franzen geladen. Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Thormählen und Meyer-Quade mit dem Polizeihauptmann a. D. Niage aus Berlin. Vom Antragseiner waren geladen: Polizeiwachmeister Behrmann und Kriminalassistent Graf aus Berlin.

Franzen war auf die Forderung des Gerichts selbst zur Verhandlung erschienen. Er wurde unterstützt durch den Rechtsanwalt Kuffenbach. Neben dem Rechtsanwalt Dr. Jasper waren vom Volksfreund der verantwortliche Redakteur, Braunschweigischer Landtagsabgeordneter Thielemann und der Geschäftsführer des Volksfreund erschienen.

Als Kuffenbach gab zunächst bezüglich der im Volksfreund erschienenen Artikel eine ausführliche Darstellung der Vorgänge am Tage der Reichstagsöffnung in Berlin, die zu dem „Fall Franzen“ geführt hätten. Das Ganze sei ein harmloser Vorgang gewesen, der zu einer wüsten Pressebeize gegen Dr. Franzen vom sozialdemokratischen Volksfreund aufgebauscht worden sei, und zwar nicht nur von ihm allein, sondern von anderen im Freistaat Braunschweig erscheinenden Kopfbüchern des Verlags. Es seien in diesen Zeitungen Behauptungen tatsächlicher Art aufgestellt worden, die die Person des Dr. Franzen in der öffentlichen Meinung herabsetzten. Dr. Franzen habe zunächst geschwiegen, da der Wind ja auch nichts dafür könne, wenn der Bund ihn anbeliebt. Dann aber habe er nach reiflicher Überlegung die Zivilklage erhoben, weil es sich beim Volksfreund um eine offene Sanktionsgesellschaft handle, gegen die eine Beleidigungsklage ein juristisches Hindernis sei und weil der verantwortliche Redakteur Thielemann als Abgeordneter den Schutz der Immunität genieße, eine Anklage gegen ihn also wenn nicht unmöglich, so doch schwer durchzuführen sei.

Als Dr. Jasper behauptete dagegen, daß die Tatsachen, die zu den Beleidigungen geführt hätten, erweislich seien.

Dann gab Dr. Franzen eine Darstellung der ganzen Vorgänge am Abend des 13. Oktober auf der Polizeiwache am Potsdamer Platz in Berlin. Diese unterseheidet sich nicht von dem, was er darüber bisher behauptet hat. Dr. Franzen erklärte, daß er den verhafteten Landwirt Guth nicht gleich identifiziert habe.

Polizeiwachmeister Behrmann als Zeuge gab eine wesentlich andere Darstellung der Vorgänge auf der Wache. Vor allem sagte er aus, daß Dr. Franzen den Landwirt Guth unzuverlässig als den Abs. Lohse identifiziert habe. Auf die direkte Frage, erkennen Sie den Verhafteten? Ist er der Abs. Lohse? habe Dr. Franzen ohne Zögern geantwortet: Ja, bei dieser Behauptung bleibt der Zeuge auch auf energisches Verhalten von Dr. Franzen. Diefelbe Aussage macht ungefähr der folgende Zeuge, der Kriminalassistent Graf. Auf die direkte Frage, ob der Verhaftete der Abs. Lohse sei, habe Dr. Franzen geantwortet: „Ja, das ist Lohse, er ist ein Parteifreund von mir.“ Erst später habe Dr. Franzen ihm persönlich gesagt: „Ich wollte den Guth nicht bloßstellen auf der Wache vor all diesen Menschen. Es ist nicht Lohse.“

Der Zeuge Kriminalassistent Graf sagt weiter: Wir wurden schon mangelnd und wollten Guth schon entlassen, als Major Heinrich kam. Als Franzen ihm vorhält: „Können Sie sagen, daß ich gesagt habe, das sei Lohse?“ antwortete Graf: „Jawohl, unbedingt, das ist der Abs. Lohse, ein Parteifreund von mir, haben Sie gesagt.“

Auf die Frage des Rechtsbeistandes des Ministers Franzen, ob der Zeuge Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sei, antwortete der Zeuge mit Nein.

Der Polizeimajor Heinrich schilderte den Vorgang ebenso wie der Bericht des Berliner Polizeipräsidenten die Angelegenheit dargestellt hat. Er sagte u. a. aus: „Als ich die Wache betrat und um Aufklärung bat, was sich hier eigentlich abspielte, trat Minister Franzen auf mich zu und sagte: „Ich liquidiere diesen Mann als den Abgeordneten Lohse. Sie sind nicht berechtigt, ihn festzuhalten.“ (Große Bewegung.) Major Heinrich gibt außerdem noch den Streit über die Immunität des angeblichen Abgeordneten Lohse wieder und erzählt, daß er verfügt habe, daß Guth doch eingeliefert werden müsse. Auch die Aussagen Heinrichs werden zu einer katastrophalen Niederlage für Franzen. Beim Vorhalt verplapperte sich Franzen. Er begann nämlich, im Gerichtssaal einen Streit über die Worte, die er mit dem Major Heinrich über die Immunität geschlichtet habe. Bis her hat Franzen aber überhaupt abgestritten, über die Immunität gesprochen zu haben.

Der preussische Abgeordnete Lohse sagte, daß er mit auf der Polizeiwache gewesen sei, und daß er beim Eintritt des Majors Heinrich die Wache schnell verlassen habe. Er will nur drei Fragen, auf die sich auch die anderen Zeugen Franzens geantwortet haben, gehört haben. Lohse sagte auch, daß er als Gauleiter der Nazis keine Veranlassung habe, dem preussischen Polizeisystem einen Parteigenossen auszuliefern. Er denke nicht daran, das zu tun.

Wahrheit ist, sagte Lohse aus, daß ich meine Karte dem Parteigenossen Guth gegeben habe, damit dieser in den Reichstag kommen könne, während Guth ausjante, daß die Karte beim Mittagessen neben Zeitungen liegen geblieben sei.

Guth macht einen sehr unsicheren Eindruck. Man hat deutlich die Empfindung, daß er auf die drei Fragen, die der Polizeibeamte gestellt haben soll, förmlich eingedrückt war. Die erste Frage soll geantwortet haben: „Kennen Sie den Mann auf diesem Bild?“ Darauf habe Franzen geantwortet: „Jawohl“. Die zweite Frage: „Kennen Sie dieses Bild?“ (dabei soll ihm das Bild des Lohse vorgezeigt worden sein). Darauf habe Franzen auch geantwortet: „Ja“. Auf die dritte Frage: „Sind die beiden Identisch?“ habe Franzen keine Auskunft gegeben. Das seien die drei Fragen, die die Polizeibeamten an Franzen gerichtet haben.

Auf die Frage eines Beisitzers: „Wie kommen Sie denn dazu, Minister Franzen aus dem Restaurant herauszuweisen zu lassen“, antwortete Guth: „Ich habe gehofft, daß er mich als Lohse legitimieren würde.“ Guth muß auch auf Befragen angeben, daß er mit dem Verleider Franzens und auch mit Lohse vorher über den Prozeß gesprochen hat.

Regierungsassessor Dr. Schick-Berlin gibt auf Grund der Polizeialten Auskunft über die Aussagen des Guth vor der Polizei, die Franzen ebenfalls schwer belasten. Ebenso verliest er drei Aussagen von drei weiteren Polizeibeamten, die sich den übrigen Aussagen der Polizeibeamten übereinstimmen. Schick erwähnt auch, daß gegen Franzen ein Verfahren wegen Beleidigung schwebt.

Die Aufklärung über das berühmte Femebild, das die drei Nazis in Braunschweig herorgeholt haben, um die Unglaubwürdigkeit der Berliner Polizei zu beweisen, wird leider nicht abgeschlossen. Die Verhandlung dauert noch fort.

Ein lauberer Gerichtsbeschluss

Braunschweig, 5. Nov. (Ein. Draht.) Im Franzenprozeß setzte das Gericht den Termin der Urteilsverkündung auf den 17. November fest. Die einstweilige Verfügung, die auf Wunsch Franzens erlassen worden ist, war völlig unbearbeitet. Obwohl die Verhandlung die durchschlagenden Gründe für die Aufhebung ergeben hat, braucht das Gericht 12 Tage, um sich ein Urteil zu bilden!

Aus aller Welt

Schneefall im Riesengebirge

Sirischberg, 5. Nov. Im Riesengebirge hat es gestern nacht bei 4 Grad Kälte und leichtem Nordwest erneut geschneit, es sind etwa 40 Zentimeter Neuschnee gefallen. Da das Thermometer immer noch unter Null steht, ist mit weiteren Schneefällen zu rechnen.

Die Godesberger Bank stellt ihre Zahlungen ein — Selbstmord des Hauptinhabers

Die seit 25 Jahren bestehende Godesberger Bank hat infolge des Zusammenbruchs mehrerer befreundeter Firmen am Montag ihre Zahlungen einstellen müssen. In der Nacht zum Mittwoch brachte sich der Hauptinhaber der Bank, Stadtrat Bankier Luyten, eine schwere Schußverletzung bei, der er später im Krankenhaus erlag.

Zusammenbruch des Frankfurter Café Bauer

Das weltbekannte Café Bauer in Frankfurt a. M. hat wegen finanzieller Schwierigkeiten seine Pforten geschlossen. Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf mehrere 100 000 M. Die Zahlungsunfähigkeit haben u. a. ihren Grund auch in der Kündigung eines Kredits, den die Frankfurter Spar- und Kreditbank gewährt hatte.

Zuchthaus für den Steinfener Schlachthofdirektor Dr. Bajel Steinfen, 5. Nov. Im Prozeß gegen den früheren Schlachthofdirektor Dr. Bajel wurde heute unter großer Spannung das Urteil verkündet. Dr. Bajel wurde wegen fortgesetzter Untreue, schwerer Urkundenfälschung, Bestechung und Betrugs zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurde auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren erkannt. Die Befreiungsgelder wurden als dem Staate verfallen erklärt.

Sturmshäden auf der Bajerler Meise

Das Sturmweiser vom Sonntag abend richtete auch in Bajer einigen Schaden an. So wurden auf den Meisenflähen zahlreiche Nester beschädigt und teilweise umgestoßen. In der Abenandlage wurde die Leitung der Straßenbahn durch einen umherschweifenden Baum beschädigt, so daß der Straßenbahnverkehr eine Störung erlitt. Verhindernd wurde die ständige Feuerwache um Hilfeleistung angerufen.

Millionenfach wird angewandt Traumaplast, der beliebte Wundverband. Zu haben in Apoth. u. Drogin Pack. von 20, 25 u. 30 Pfg. an.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

6. November: 1717 *Sensfelder, Erfinder des Steinbruchs. — 1792 v. Orleans (Gaspard) guillotiniert. — 1893 *Publizist Julius Fröbel. — 1896 *Russischer Komponist P. I. Tschaikowski. — 1911 *Schweizerischer Dichter Josef Viktor Widmann. — 1918 Bremer Truppen schließen sich der Revolution an.

Auftakt der Sozialdemokratie zu den Gemeindevahlen

Die Sozialdemokratische Partei hatte auf gestern abend in verschiedenen Bezirken öffentliche Wählerversammlungen einberufen, die durchweg einen befriedigenden Besuch aufwiesen. Unsere Redner behandelten in sachlicher Weise die Arbeiten der Sozialdemokratie auf dem Karlsruher Rathaus, während die Rednerinnen über die Bedeutung der Gemeindevahl für die Frauen referierten. Die Referate fanden in allen Versammlungen großen Beifall. Der gestrige Auftakt berechtigt die Sozialdemokratische Partei zu den besten Hoffnungen auf ein befriedigendes Wahlergebnis.

Bezirk Mittel- und Südweststadt

Der Besuch in der Gambriushalle konnte befriedigen. Genosse Stadtrat Eugen Gedächtske aus der Halle seiner kommunalpolitischen Erfahrungen und gab in der an ihm gewohnten Ausführlichkeit Auskunft über sozialdemokratische Gemeindepolitik. Es ist durchaus zutreffend, daß an den Gemeindevahlen jeder Wähler mehr wie sonst an Wahlen interessiert ist, weil er persönlich leicht feststellen kann, wer wirklich Gemeindevahl im Interesse der Allgemeinheit nicht nur propagiert, sondern täglich praktisch durchzuführen mitwirkt. Die Sozialdemokratie steht in dieser Beziehung einwandfrei da, wie Genosse Gedächtske besonders an dem feinsinnigen Tätigsein der gemeindlichen Regierbetriebe darlegen konnte. Karlsruhe balanciert seinen Etat aus und hat Vermögen. Nicht zu unterschätzen ist auch die Arbeit der Gemeindevahl auf dem Gebiete der Mithilfe bei Erhaltung von Arbeitsmöglichkeiten, in der Wohnungs- und Baupolitik usw.

Im Gegensatz zum Genossen Gedächtske, der die Gemeindepolitik der Sozialdemokratie im allgemeinen behandelte, wandte Genossin Stadträtin Marie Storz im speziellen ihre Ausführungen nur der Suchfrage zu. Durch ihre prägnanten, durchdachten Sätze vermittelte sie die Rednerin leicht faßlich den Rahmen und das Bild, das das heutige Karlsruhe darstellt und was daraus resultierend für uns als Sozialdemokratie für schulgemäßliche Arbeit erwächst. Genossin Storz konnte lebhaften Beifall als besondere Anerkennung für ihre Worte buchen.

In der Aussprache ergänzten und erweiterten die Darlegungen der zwei Referenten die Genossen Schönbentha, Detscher, Koch und Herz. Dabei kamen die Michelin-Werke, der Rheinbrückenbau, der Neubau des Arbeitsamts usw. zum Teil recht ausführlich zur Sprache. Erst um Mitternacht hatte die Versammlung ihr Ende erreicht, die bewies, daß den Fragen der Gemeindepolitik die notwendige Beachtung entgegengebracht wird und die Sozialdemokraten mit Eifer und gutem Gewissen für den sozialdemokratischen Sieg am 16. November tätig sind.

Bezirk Altstadt

Die öffentliche Bezirksversammlung war leidlich gut besucht. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen erteilte der Obmann des Bezirks, Gen. Klinge, dem Referenten des Abends, Gen. Stadtrat Jung, das Wort zu seinem Vortrag über „Die bestehenden Gemeindevahlen und welche Partei hat im Interesse der Arbeiter, Beamten und Angestellten sowie für die gesamte Bevölkerung auf dem Rathaus praktische Arbeit geleistet?“ Gen. Jung, der als guter Kenner der Kommunalpolitik bekannt ist, beleuchtete die Arbeit unserer Partei auf dem Rathaus in trefflicher Weise. Ganz besonders behandelte er das Gebiet des Wohnungsbaus, des Füllortgewerks und der städtischen Betriebe. Oberstes Gebot der sozialdemokratischen Rathauspolitik war immer: Arbeitsbeschaffung, damit die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozess eingestellt und endlich mal wieder Tage leben können, wo die Familie wieder teilnehmen kann an der Kultur und sich wieder als Mensch fühle. Der Referent befaßte sich auch eingehend mit den Nationalsozialisten und ganz besonders mit ihrem Sozialen Standbild. In ausgesprochener Weise wurde der Verfall von Augen geführt, welche Gefahren für die Beamten und Arbeiter entstehen würden, wenn diese Sorte von „Arbeiterpartei“ einen gewissen Einfluß auf dem Rathaus erhalte. Das darf nicht geschehen. Es gilt diese Tage noch zu benutzen, um die Masse aufzuklären, über das unheimliche Verfallgebäude der Nationalsozialisten. Es gilt die Säulen aufzutürmen, um der Sozialdemokratie am Wahltag die Stimme zu geben als der einzigen Vertreterin der Arbeiterklasse.

Dem Genossen Jung wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall gezollt. Geaner waren keine in der Versammlung. In der Diskussion sprachen die Gen. Kühle, Schmidt und Wehmann. Gen. Klinge konnte mit anerkennenden Worten, daß jeder bis zur Wahl seine Pflicht erfülle und daß der Wahltag ein Siegestag für die Partei werde, um 1/2 12 Uhr die Versammlung schließen. Beif.

Tätigkeit der Nahrungsmittel- und Gewerbepolizei im Monat Oktober

Unsauberkeit im Milchbetrieb — Beanstandungen bei 49 Miegern — 10 000 Liter Most anstatt Wein

Der Polizeibericht meldet: Im Oktober wurden 1254 Kannen Milch geprüft und davon 381 Proben zur Untersuchung gebracht. Von diesen Proben mußten 23 als gewässert, 7 als entrahmt, 29 als fettarm und 13 als schmutzig beanstandet werden. Die Beanstandungen fallen wie immer den Produzenten bzw. den Milchsammlern zur Last, während die Kontrolle von 201 hiesigen Milchhändlern zu Klagen keinen Anlaß gab. Nur die Aufbewahrung der Milch bzw. der Milchgefäße war in 3 Fällen zu beanstanden. Außerdem mußten 2 Milchhändler und ein Mostereibesitzer wegen unerlaubten Milchhandels angezeigt werden.

Ein Gutswärter zeichnete sich durch besondere Unsauberkeit in seinem Betrieb aus. Nicht nur, daß die abgelieferte Milch schmutzig war, auch sein ganzer Betrieb war alles andere als appetitregend. Sechs Produzenten gelangten zur Anzeige, weil sie Vollmilch II als Vollmilch I lieferten, ein Landwirt aus Staßfurt, weil er bis zu 17 Prozent gewässerte Milch in den Verkehr brachte. Ferner mußte ein gewässertes Milch als Vollmilch, gegen ebenjoviele, die fettarme Milch in Verkehr brachten, und gegen einen Landwirt, weil er feiner

Milch 8 bis 10 Prozent Wasser zusetzte. Ein Melker gelangte zur Anzeige, weil er bei der Milchgewinnung die hygienischen Vorschriften außer Acht ließ.

Von anderen Nahrungs- und Genussmitteln wurden 69 Proben untersucht; von diesen waren zu beanstanden: Eierteigwaren, weil sie nicht die vorgeschriebene Menge an Eiern enthielten; Sago, der aus Kartoffelmehl hergestellt war; Gewürze, die von Würmern befallen waren; Wein, der mit Apfelsaft verschnitten war; Edelkastanien, die zum größten Teil verfault und ungenießbar waren; Speiseeis, dem die vorgeschriebenen Zutaten fehlten.

Die Kontrollen von 100 Miegern und Feinstoffhäuern ergaben 49 Beanstandungen bezüglich der Schlachthof- und Fleischbeschauordnung, 10 000 Liter Wein mußten beschlagnahmt werden, weil der Wein seiner Beschaffenheit nach nur als Most in den Verkehr gebracht werden durfte.

Gegen 65 Gewerbetreibende mußte die Polizei einschreiten, weil sie gegen alle möglichen gewerblichen Vorschriften verstießen.

25 Jahre Zentralverband der Gastwirtsangestellten

Der Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Kaffeeangestellten (Zentralverband Karlsruhe) hatte auf vorgestern seine Mitglieder und Freunde zur Feier seines 25jährigen Bestehens im Saal des Hotel „Kaiserhof“ in Karlsruhe eingeladen, welcher Einladung zahlreich stattgegeben wurde. Die Veranstaltung der Zweigstelle hat dazu ein ausgezeichnetes Programm vorbereitet, das dem festlichen Charakter der Veranstaltung sehr geschickt angepaßt war. Es wurde eingeleitet mit einem Konzertstück des Sanstapelle W. K. K. und einem Gelassquartett des besten bekannten Quartetts „Die vier Jahreszeiten“, worauf der Vorsitzende der Delegierten, darunter Herr Derringer, den Vorsitz der Delegierten, sowie die Vertreter der auswärtigen Zweigstellen, Herr Heber, Mannheim, B. Baden u. Stuttgart begrüßte. Er wies dann auf den feinsten und mühevollen Weg hin, den die Organisation aus kleinen Anfängen heraus zur heutigen Bedeutung nehmen mußte und gebot dabei während der Pionierzeit des Verbandes, die ein Vierteljahrhundert der Organisation im Sinne der freien Gewerkschaftsarbeit die Treue wahren. Dem folgte eine ausgezeichnete Darbietung der Solotänzerin Fr. Bernine Dingler vom Landesballet, die mit größtem Beifall aufgenommen wurde. Nach einem Prolog, gesprochen von Frau Ely Schmeider-Schwab, marchierte die Fahnenabordnung mit dem neuen roten Banner auf, das mit einer Weibensprache von Frau Ely Schmeider-Schwab in treue Hände der Vereinsobfrau übergeben wurde. Die Festansprache hielt hierauf Kollege Hermann, Vertreter des Hauptverbandes, Berlin. Er stellte darin die Gefahren, die heute der gesamten Gewerkschaftsorganisation drohen und forderte zu freiem Ausbruch im Kampfe gegen die feindseligen Mächte der modernen Arbeiterbewegung auf, bis der Sieg der Arbeiterklasse errungen ist. Hierauf sprachen die Vertreter der befreundeten und auswärtigen Organisationen und überreichten Bänder und Kränze als Angehörige für das neue Banner. Damit war der offizielle Teil der Feier erledigt. Der zweite Teil des Programms brachte neben weiteren Gelass- und Musikvorführungen in der Hauptfrage eine Erörterung der etwa 40 alten Mitglieder für 10., 15. und 25jährige Mitgliedschaft durch Ueberreichung künstlerisch ausgeführter Diplome und Kränze. Ein Festball beschloß die in allen Teilen wohlbesungene Veranstaltung.

Zum Thema „Doppelverdiensternum“

wird uns noch geschrieben: auf der Beamtenbank sitzen viele Doppelverdiener. In einem Falle bezieht ein Angestellter Pension als Beamter a. D. und ist im Betriebe voll beschäftigt. Da er noch zwei Töchter hat, sind dieselben natürlich ebenfalls im Betriebe angestellt. Es sind auch so manche Frauen schon jahrelang beschäftigt, während die Männer eine Beamtenstelle bekleiden, oder sonst festen Verdienst haben. Dann sind fast sämtliche Abteilungsleiter abgebaute Beamte, die ihre Pension beziehen und hier noch ein beträchtliches Gehalt einstecken, während sie sich nämlich nicht zu Tode arbeiten. Dann kommen abends, nachdem die Behörden Büro schluss gemacht haben, mindestens zehn Beamte, sämtlich nicht unter Inspektor gestellt, die Abend für Abend arbeiten, während man doch überall hört, daß Beamte keine Nebenverdienste haben dürfen. Das man jeden Abend 3 bis 4 Stunden ehrenamtlich arbeitet, das kann man wohl kaum glauben. Besonders erwähnenswert ist der Personalchef Reich auf Durlach, ein Jahrgänger a. D., der selber noch immer meint, er habe Rekruten vor sich. Wenn man eine Pension als Jahrgänger a. D. bekommt, ein Gehalt von mindestens 400 Mark monatlich und dazu noch zwei Töchter im Betriebe hat, die ebenfalls 150 Mark monatlich verdienen, da kann man allerdings die Not Anderer nicht nachfühlen.

Ist gegen dertartige Ungerechtigkeiten, die sicherlich auch anderswo ebenfalls anzutreffen sind, wirklich nichts zu unternehmen?

Die Landungsfahrt des „Graf Zeppelin“ nach Karlsruhe

Es wird uns geschrieben: Aus allen Teilen des Landes und aus der Wals treffen Anträge über die Zeppelinlandung ein, so daß am Sonntag, den 9. November, der Karlsruher Flugplatz sehr wahrscheinlich einen gewaltigen Massenandrang von Besuchern erleben dürfte.

Die Badische Regierung wird die Zeppelin-Mannschaft durch Staatspräsident Dr. Schmitt nach der Landung auf dem Flugplatz begrüßen und im Namen des badischen Volkes im Badenland willkommen heißen. Für die Stadt Karlsruhe und die Karlsruher Bevölkerung wird Oberbürgermeister Dr. Finter herliche Begrüßungsworte an Offiziere und Mannschaften des Luftschiffes richten, das draußen in der Welt so unendlich viel wertvolle Arbeit durch seine großen Flügel für das Auslands-Deutschtum geleistet hat. Die Abfahrt des Luftschiffes in Friedrichshafen erfolgt in den Vormittagsstunden des 9. November, so daß mit der Landung auf dem Karlsruher Flugplatz etwa mittags 1 Uhr 30 Min. gerechnet werden kann. Die Besucher des Flugplatzes, zu dem eine Eintrittsgeldgebühr zur Dedung der großen Unkosten erhoben wird, werden fortlaufend über den Anflug des Luftschiffes durch Großlautsprecher unterrichtet. Man hofft für die ganze Dauer der Fahrt von Friedrichshafen nach Karlsruhe Verbindung mit dem Luftschiff zu erhalten und von einem an Bord befindlichen Passagier eine Schilderung des Fahrtverlaufs durch den Großlautsprecher den Karlsruher Flugplatzbesuchern vermitteln zu können.

Ein besonderes Programm wird für Unterhaltung und Abwechslung der Flugplatzbesucher bis zur Ankunft des Luftschiffes sorgen. Der Flugbetrieb wird bereits um 11 Uhr vormittags

eröffnet. Von diesem Zeitpunkt ab wird auch Platzmangel stattfinden. Um 12 Uhr 30 ist ein Massenfest von 20000 Personen am Karlsruher Flugplatz auszugehen. Ueber die Segelflieger ist die Startvorführung des Segelflugzeuges „Karlsruhe“ von der Akademischen Fliegergruppe der Technischen Hochschule orientieren. Es soll mittels Gummifäden dem Publikum der Start eines Segelflugzeuges demonstriert werden. Vor und nach der Luftschiffabfahrt finden Rundflüge über der Stadt zu erheblichen ermäßigten Entgeltverhältnissen statt. Der Fliegerbund Karlsruhe hat dem Karlsruher Luftfahrtverein aus Anlaß seines Jubiläums am 20. November ein Festprogramm zusammengestellt, die an die Besucher der Festoragnamen verteilt werden.

Wärmestuben

Die in den verflochtenen Tagen einsetzende Kälte hat das städtische Füllortamt veranlaßt, für diejenigen Personen, die über geeignete Räume nicht verfügen, Wärmestuben einzurichten. Diese Wärmestuben befinden sich:

In der Oststadt: Gottesauer Kaserne (Wandererherberge), in der Südstadt: Baumeisterstraße 52 (Luisenhaus), in der Weststadt: Scheffelstraße 37 (Vollschule), im Stadtteil Mühlburg: Hauptstraße 30.

Es ist beabsichtigt, im Stadtteil Mühlburg eine weitere Wärmehalle aufzumachen, falls ein Bedürfnis hierfür erkannt wird. Die oben genannten Wärmestuben können jetzt schon benützt werden.

101jähriges Bestehen des Kinderkrankenhauses Karlsruhe

Am 6. November 1930 sind 10 Jahre vergangen, seitdem das Kinderkrankenhaus in Karlsruhe eröffnet wurde. In dieser Zeit sind nahezu 15 000 frische Kinder dort verpflegt worden, nicht nur aus der Stadt, sondern auch zu einem guten Teil aus dem Kreis Karlsruhe, ferner aus den Kreisen Baden-Baden, Offenburg und der umliegenden Pflanz. Die Hoffnung, die man seinerzeit an die Gründung der Anstalt geknüpft hatte, daß sie nämlich für Mittel- und untere Klassen für die uns mit Kriegesende verloren gegangene und früher auch von Baden viel in Anspruch genommene große Internatsanstalt in Stahburga ersetzen möchte, ist damit in Erfüllung gegangen. Die Karlsruhe Anstalt gehört heute zu den angesehensten und angesehensten deutschen Kinderkrankenhäusern. Möchte sie auch in den nächsten Jahren diesen frischen Kindern Genuß bringen!

(2) Diensthilfsmann. Am Dienstag, 28. Oktober, konnte Herr Steueramt God beim Finanzamt Karlsruhe-Stadt auf eine 10-jährige Dienstzeit in der Reichsfinanzverwaltung zurückblicken. Der Herr Diensthilfsmann, Herr Regierungsrat Schütz, hat im Auftrag des Herrn Reichspräsidenten dem Jubilar das Glückwunschschreiben überreicht und ihm aufrassgemäß auch den Dank des Herrn Reichspräsidenten des Landesfinanzamts Karlsruhe für treu geleistete Dienste zum Ausdruck gebracht.

(3) Berufsfeuerwehr war im Monat Oktober in Tätigkeit. Großfeuer 3, Mittelfeuer 1, Kleinfeuer 3, Schornsteinbrände 8, abswilliger Alarm 1, blühende Alarme 5, Sirenenübungen 2, Gesamtalarme 18.

Lichtspielhäuser

Pa-Pi. Der neue Spielfilm bringt mancherlei Abwechslung. Die Tieraufnahmen sind bestens gelungen, sie bringen viel Interessantes, Beliebiges und Nachdenkliches. Die Grotteskomeister wieder von überwältigender Komik und löstert kühnste Behauptung auf. Bilder wie Musik sind leicht originell. Als Tonfilm kommt „Komm zu mir zum Abendessen“ zur Darstellung. Ein etwas komplizierter Geschichte mit vielen heiteren Momenten. Einige Schläger aus dem Film sind bereits populär geworden. Das Publikum hat seine Freude an dem heiteren Spiel, an der hübschen Genserie, an der flotten Musik und an dem willigen Tanz und alles aus dem „happy end“, zum allseitigen Ende zufrieden ist, verläßt auch die zahlreichen Hörer und Zuschauer zufrieden und in bester Stimmung die Palast-Vollspiele in der Herrmannstraße.

Schlußschießen des freien Schützenvereins Karlsruhe

Am Sonntag, den 2. November, hielten die Karlsruher Arbeitsschützen auf dem Schießstand hinter der „Hansa“ bei sehr regner Beteiligung ihr diesjähriges Schlußschießen ab, mit dem gleichzeitig ein Einzelschießen verbunden war. Wie in früheren Jahren so wurde auch diesesmal um die Stamdmittelbarkeit, die für 1930 dem Gen. Westensfelder inne hatte, gekämpft. Bei dem diesmaligen Kampf, zu dem schon das ganze Jahr hindurch gerüstet wird, waren Teilnehmer muß im ganzen 15 Serien à 15 Schuß auf 200 Meter schießen bei 50 Meter Entfernung abfolieren) gelang es dem Gen. Westensfelder mit 3353 Ringen als Sieger hervorzuweisen und sich damit den Titel Stamdmittelbar für 1930 zu erringen. Auch die übrigen Bewerber erzielten sehr gute Resultate. So erreichte Gen. Weid 3320, Gen. Hill 3304, Gen. Kaefer 3300, Gen. Westensfelder 3218, Gen. Krenner 3169, Gen. Karcher 3043, Gen. Krenner 3012 Ringe. Beim Einzelschießen wurden ebenfalls sehr gute Resultate erzielt. Die Frauenabteilung sowie die Jugendabteilung beteiligten sich hierbei auf dem Schießstand.

Nach Schluß des Schießens fanden sich die Mitglieder des Vereins im „Württembergischer Hof“ zu einem gemütlichen Beisammensein ein, wo dann die Bekanntgabe der Resultate und die Preisverteilung vorgenommen wurde. Der Vors. Gen. Walter hat eine kurze Ansprache, die in einem kräftigen Frei Spiel auf die Arbeiter-Schützenbund Deutschlands auslief. Zur Unterhaltung sprachen neben der Hauskapelle, die sich aus Vereinsmitgliedern zusammensetzte, auch Genosse Kaefer und Jugendgenosse Münderer, die Resultate vom Einzelschießen auf dem Schießstand: 1. Gen. Krenner 37 Ringe, 2. Gen. Schmeider 36, 3. Gen. Weid 35, 4. Gen. Weid 35, 5. Gen. Kaefer 35, 6. Gen. Mattes 33, 7. Gen. Wiltner 32, 8. Gen. Stofs 32, 9. Gen. Karcher 32, 10. Gen. Faller 32, 11. Gen. Hill 32, 12. Gen. Krenner 30, 13. Gen. Schmeider 29 Ringe.

Resultate vom Einzelschießen auf dem Schießstand: 1. Gen. Weid 35, 2. Gen. Krenner, 3. Gen. Walter, 4. Gen. Stofs, 5. Gen. Karcher, 6. Gen. Schmitt, 7. Gen. Krenner, 8. Gen. Karcher, 9. Gen. Weid, 10. Gen. Weid.

Resultate vom Einzelschießen auf dem Schießstand: 1. Gen. Weid 35, 2. Gen. Krenner, 3. Gen. Walter, 4. Gen. Stofs, 5. Gen. Karcher, 6. Gen. Schmitt, 7. Gen. Krenner, 8. Gen. Karcher, 9. Gen. Weid, 10. Gen. Weid.

Resultate vom Einzelschießen auf dem Schießstand: 1. Jugendgenosse Krenner, 2. Jugendgenosse Engler, 3. Jugendgenosse Stofs.

KUNSTGLIEDERBAU G. m. b. H. / ETLINGEN I. B.

Zweigstellen: Karlsruhe I. B. Molkereistraße 20, Mannheim Schloßwache, Mosbach I. B. Kronengasse, Nastatt Bastion 30, Pforzheim Baumstraße 7, Offenburg I. B. Okenstraße 23, Rottweil G. M. B. Glückergasse 10

Werkstätten zur Herstellung künstlicher Glieder und orthopädischer Schuhwaren

Kleine bad. Chronik

Bergwinter
Über ein Viertelmeter Schnee im Hochschwarzwald
Am Schwarzwald, 5. Nov. Der Schneefall hat im Gebirge...

Schnee auf dem Feldberg
Auf dem Feldberg hat der Winter seinen Einzug gehalten. Auch...

Weiterbetrieb der Bahnstrecke Büdenbach-Gröningen
Aus Anfragen aus Interessentenkreisen zu schließen ist, scheint...

Sägewerk niedergebrennt
In einem (Amt Donaueschingen), 4. Nov. Gestern abend brannte...

allein beträgt 30 000 Mark, der Fahrnischaden ist sehr hoch, da...

Schweres Motorradunfall
Bei Kensingen verunglückte ein Ehepaar aus Barga bei...

Gröningen. Aus Anlaß des schmerzlichen Todes eines Arbeiters...

Dollensheim bei Heidelberg. Bei Kulturarbeiten meißlich der...

Grünert. Am 5. Nov. Dienstag nachmittag brach im Dach...

Schweningen. Auf der Straße Schweningen-Bruchhausen...

Sasbach i. A. In einem Anfall von Schmerzmitteln ist der 46jäh...

licher Geflügelzucht haben, in richtige Bahnen zu lenken, anfangs...

Gewerkschaftliches

Metallarbeiterstreik in Bielefeld
Bielefeld, 6. Nov. (Tundienst.) Die Belegschaft der Untermerte...

Nach den Arbeitern die Angestellten
Berlin, 5. Nov. (Tundienst.) Die Verhandlungen zwischen dem...

Veranstaltungen
Donnerstag, 6. November:
Bad. Landes-Theater: Abbotas Paterlin. Der Diener zweier Herren...

Todes-Anzeige
Nach schwerer Krankheit ist meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Olga Blum geb. Schätzle
im Alter von 47 Jahren verschieden
Karlsruhe-Rüppurr, den 6. November 1930.

Wahlverzeichnisse
1. 1. Bezirk
2. 2. Bezirk
3. 3. Bezirk
4. 4. Bezirk
5. 5. Bezirk
6. 6. Bezirk
7. 7. Bezirk
8. 8. Bezirk
9. 9. Bezirk
10. 10. Bezirk

Wahlverzeichnisse
1. 1. Bezirk
2. 2. Bezirk
3. 3. Bezirk
4. 4. Bezirk
5. 5. Bezirk
6. 6. Bezirk
7. 7. Bezirk
8. 8. Bezirk
9. 9. Bezirk
10. 10. Bezirk

Dr. Thompson's Seifenpulver
Sind Freitag und Samstag auch Ihre Putztage?
In fast allen Gegenden Deutschlands wird Freitags und Samstags eine besonders gründliche Reinigung in Küche und Haus vorgenommen. Es ist immer ein kleiner Hausputz. Auch bei Ihnen wird's so sein.

Die Eroberung



des Rathauses

Die kommunistische Steuerpolitik in der Praxis

In Baden gibt es so nur zwei Gemeinden, in denen die Kommunisten Gelegenheit hätten, zu zeigen, was sie können. Bis jetzt haben sie in beiden Gemeinden, besonders in Altlussheim bei Schwetzingen, nur gezeigt, daß sie auch dort, wo sie den Bürgermeistern stellen, unfähig sind, eine fortschrittliche und soziale Kommunalpolitik zu treiben. Der Bürgermeister von Altlussheim stellt wohl die lächerlichste Figur dar, die man sich von einem Bürgermeister denken kann. Dem Mann fehlt aber auch alles. Das scheinen auch die Kommunisten inzwischen eingesehen zu haben. Die Klagen, die sie sich wie am laufenden Band holen, haben sie inzwischen zur Ueberzeugung gebracht, daß man die Finger von einem heißen Eisen lassen muß, wenn man sie nicht verbrennen will. Kommunalpolitik muß eben, wenn sie Erfolge haben soll, doch mit anderen Mitteln, als mit hohlen Phrasen gemacht werden. Der Ratskammer in Altlussheim ist bei den Kommunisten offensichtlich. Er wird sie aber nicht abhalten, wo sie in Opposition stehen, mit den alten Tiraden und dem Beratschlagerei der Sozialdemokraten aufzuwachen und das Blaue vom Himmel wiederum zu verpredigen.

Dort, wo die Kommunisten in Opposition sind, stellen sie die weitestgehenden Forderungen auf, ohne danach zu fragen, wo die Mittel dafür hergenommen werden sollen. Ja, die Kommunisten leben in diesen Gemeinden die Bewilligung von Mitteln überhaut ab. Es ist geradezu köstlich, den Unterschied zwischen kommunistischen Agitationsphrasen und praktischer kommunistischer Gemeindepolitik beobachten zu können. Aus diesem Grunde bringen wir nachstehend eine Anzahl Einzelfälle über das Verhalten der Kommunisten in einzelnen Gemeinden Thüringens.

In Gemeinden, wo die Kommunisten die Verantwortung tragen, stellen sie auf ihren Grundriss und stimmen für alle Steuern, auch für die Biersteuer, wie nachstehende Beispiele zeigen:

In **Großbreitenbach** wurde die Biersteuer mit Zustimmung der Kommunisten beschlossen.

In **Schwarza** verlangten die Sozialdemokraten, um den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen, eine 50prozentige Erhöhung der Hundsteuer und eine 25prozentige Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer. Kommunisten und Bürgerliche lehnten diese Anträge ab. Kommunisten und Bürgerliche führten dafür eine Biersteuer ein. Da bisher in Schwarza Getränkesteuern nicht erhoben wurden, mußten bei Einführung der Biersteuer andere Steuern gesenkt werden. Die Hundsteuer wurde um 50 Prozent gesenkt, Ausfall 750 M. jährlich. Der Zuschlag zur Gewerbesteuer wurde um 25 Prozent gesenkt. Die Grundsteuererhöhung wurde abgelehnt. Der Ausfall beläuft sich insgesamt jährlich auf 3118 M. Die Biersteuer soll 3500 M. jährlich einbringen. Um den noch vorhandenen Fehlbetrag im Haushalt zu decken, schlagen die Kommunisten vor, die Einnahmen aus

Polizeikrafen um 500 Mark

zu erhöhen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten und Bürgerlichen angenommen.

In **Geschnoda** haben die Kommunisten im Gemeinderat die Mehrheit. Hier zeigt sich, daß die Kommunisten auch anders können. Sie bewilligen alle Steuern. Auch eine Biersteuer in Höhe von 7 Prozent haben die Kommunisten zur Einführung gebracht.

In **Judenbach** bewilligen die fünf im Gemeinderat sitzenden Kommunisten alle Steuern.

In **Büchel** haben die Kommunisten für die Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer gestimmt.

In **Kudolfsdorf** stimmten 50 Prozent der Kommunisten für die Erhöhung der Zuschläge zur Grundsteuer und 50 Prozent der Kommunisten lehnten dieselbe ab.

In **Wintersdorf** stimmten die Kommunisten für die Grundsteuer und Hundsteuer. Dagegen lehnten sie ab die Biersteuer und die Zuschläge zur Gewerbesteuer.

In **Gräfenhain** bewilligten die Kommunisten nicht nur alle Steuern, sondern selbst noch beantragt, daß eine Biersteuer in Höhe von 6 Prozent erhoben wird.

In **Vangewiesen** stimmte ein Kommunist für die Biersteuer und der zweite Kommunist gegen die Biersteuer.

In **Uetershausen** haben die Kommunisten die Mehrheit im Gemeinderat. Dort stimmen sie für alle Steuern, für die Zuschläge zur Grundsteuer, für die Zuschläge zur Gewerbesteuer, auch die Erhöhung der Biersteuer haben sie durchgeführt.

In **Strehlen** machen die Kommunisten alles mit, sie bewilligen alle Steuern. Die Gemeinde erhebt einen Zuschlag zur Grundsteuer von 400 Prozent (preussisch), einen Zuschlag zur Grundsteuererhöhung von 125 Prozent, eine Biersteuer von 7 Prozent. Einmal haben die Kommunisten eine Herabsetzung der Grundsteuererhöhung auf 100 Prozent beantragt. Als sie aber sahen, daß sie bei den Bürgerlichen auf Schwierigkeiten stießen, zog sie ihren Antrag zurück und stimmten dem 125prozentigen Zuschlag wieder zu.

Noch ein Beispiel kommunistischer Steuerpolitik aus Sachsen:

Aus **Zwickau** wurde im März 1927 gemeldet: Die SPD-Fraktion beantragte, daß ein Zuschlag von 150 Prozent zur Grund- und Gewerbesteuer erhoben werden sollte. Kommunisten und Bürgerliche lehnten diesen Antrag gemeinsam ab. Der deutschnationale Stadtverordnete Dr. Schönbach, beargwünzte die kommunistischen Vorgesetzten, indem er wörtlich erklärte:

„Ich wundere mich, daß die kommunistische Fraktion so warm für die Interessen des Bürgertums eingetreten ist. Wir sind ihr sehr dankbar dafür.“

Wir könnten diese Beispiele ja noch fortsetzen. Sie dürften jedoch genügen, um zu zeigen, wie es mit der Theorie und Praxis bei den Kommunisten bestellt ist. Wenn die Arbeiterklasse sich auf die Berieselungen der Kommunisten, die sie wieder im Wahlkampf machen werden, verlassen würden, so wäre sie verlassen.

Die Entjudung der Gemeindeparlamente

fordern die Nationalsozialisten in ihren öffentlichen Versammlungen zu den Gemeindevahlen. In Bruchsal erklärte kürzlich der bayerische nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Dr. Buttman, daß keine Parteigebühren in der Gemeindepolitik erst

Frau und Gemeindepolitik

Von Marie Juchacz, M. D. R.

Der Prozentsatz der gewählten Frauen in der Selbstverwaltung (insgesamt 46 000 gewählte sozialdemokratische Kommunalpolitiker) ist viel kleiner, als z. B. im Reichstag und im Br. Landtag. Wenn früher, bevor die Frauen in Deutschland das Wahlrecht hatten, Vermutungen über die Zukunftsentwicklung angestellt wurden, waren wir uns stets darüber einig, daß ein erster Erfolg des intensiven zu führenden Kampfes für die Gleichberechtigung, sich zuerst in der Gemeinde zeigen würde. Deshalb ist es jetzt befremdlich zu sehen, daß die weibliche Beteiligung so gering erscheint. Ich möchte meinen Ausführungen einen Erfahrungssatz voranstellen: Im politischen Kampf muß sich der theoretischen Erkenntnis und der gefühlsmäßigen Erfassung einer Lehre oder Weltanschauung stets praktische Erfahrung zugesellen, wenn das Staatsleben nachhaltig und in Fortentwicklung beeinflusst werden soll. Nur so läßt sich ein immer wachses Bewußtsein unserer Weltanschauung und ihrer Anwendung auf das moderne Staatsleben erwecken und vertiefen. Aber — was sich bei den Männern in jahrzehntelanger Entwicklung (fast unbewußt in der Endwirkung) vollzogen hat, das soll und muß heute im Hinblick auf das aktive und passive Frauenwahlrecht bewußt gefördert werden. Was bedeutet das in der Konsequenz? Daß man möglichst vielen Frauen, bei denen man be-

burtenrüdigung die Verantwortung der Menschen für den Nachwuchs nicht verringert, sondern gesteigert hat. Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich geradezu zwingend die

Notwendigkeit weiblicher Mitarbeit in der kommunalen Arbeit.

Es wird vielfach die Meinung ausgesprochen, daß Frauen deshalb in die Gemeinde hineinkommen müssen, um die Wohlfahrtsaufgaben des Arbeitsgebiet der Frauen nicht unterstreichen. Die Frau soll generell das Recht und die Pflicht haben, ihre speziellen und die ihrer Persönlichkeit eigenen Fähigkeiten im Dienst für die Allgemeinheit einzusetzen. Aber es ist eine Tatsache, die immer wieder festgestellt werden muß, daß die Aufgaben der Wohlfahrtsarbeit entweder den Frauen automatisch zufallen oder auch von den Frauen ausgewählt werden.

Die Wohlfahrtspflege in der Gemeinde nimmt im Stadtbereich auch im Bewußtsein der Kommunalpolitiker einen immer größeren Raum ein. Mehr und mehr wird auch in der kleineren Gemeinde der Wert einer guten

Wohlfahrtspflege als Ergänzung der sozialpolitischen Gesetzgebung

erkannt und damit in ihrer politischen Bedeutung gewürdigt. Die Gesetzgebung hat den Gemeinden im Laufe des Jahrzehnts eine Reihe neuer Aufgaben gegeben, die in hohem Maße weiblichem Fühlen entsprechen. In der inneren an das Jugendwohlfahrtsgebiet und die Fürsorgepflichtverordnung und an eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen der Länder, wie z. B. die Krüppelfürsorge, viel härter sind die sozialen Erbebräute der Demokratie, die Gemeinden zur Erfüllung weit über die gesetzlichen aufgaben hinausgehender sozialer Aufgaben zwingen, die die am stärksten treibende Kraft ist auf diesem Gebiet Sozialdemokratie.

Ich begrüße das ganz besonders, nicht nur, weil ich es unbedingt Pflicht der Sozialdemokratie ansehe, hier die Frontarbeit zu leisten, sondern auch wegen der psychologischen ganz erklärlich. Auch die politische noch unzureichende Frau hat es gefühlsmäßig erfasst, daß die Armut, die alten Stills abgestellt werden muß von einer modernen, weiblichen, möglichst stark vorbeugenden Gesundheits- und Wohlfahrtspflege. Die Beschäftigung mit dieser Frage macht mir auch immer erneut bewußt, wie notwendig doch die Arbeit ist. Ich möchte die Aufmerksamkeit nur darauf lenken, wie vielseitig die kommunalpolitische Arbeit ist. Ich verweise nur auf eine ganz wesentliche Aufgabe, die uns gemeinsam vorbehalten ist, das Gebiet der Fürsorgeerziehung. Wir dürfen nicht zugeben, daß Kinder des Proletariats, die durch Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Frauenarbeit, durch Ehezerstörungen und durch Erbscheinungen anderer Art in Anstalten, die gar nicht in der Lage sind, nach modernen Anschauungen zu erziehen, lebensuntüchtigen, manchmal körperlich, fast immer geistig mangelhaften ins Leben gestellt werden. Frauenaufgaben der Gemeinde, das bedeutet aber auch, daß tüchtige Frauen in führenden Stellungen ehrenamtlicher und beruflicher zu berufen werden.

Zu unseren Genossen habe ich das Vertrauen, daß sie die weitgehendsten und durchaus berechtigten Frauenwünsche im taftkräftigen Verständnis bewahren. Die Frauen haben dem Staat mit 16. November die Pflicht, der Sozialdemokratie ihr Vertrauen zu schenken und sozialdemokratisch wählen.

... Die Stimmabgabe für die Kommunisten kann nichts anderes sein, als eine politische Demonstration!

Die „Mannheimer Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Ausgabe am 7. Dezember 1929 anlässlich der badischen Gemeindevahlen.

fähigung für kommunalpolitische Arbeiten annehmen kann, Gelegenheit zu solcher Arbeit gibt.

Die Zahl der Frauen im berufstätigen und wahlfähigen Alter ist viel größer als die der Männer. Das ist gar nicht das wesentliche. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit steigt zahlenmäßig, aber auch sozial. Und es liegt im Zug der heutigen Entwicklung, es hängt zusammen mit dem Anwachsen der Gemeinden, mit der steigenden Bedeutung der Kommunalpolitik, die erstens aus der Demokratisierung unseres Staatslebens und zweitens aus der sozialen Gestaltung des modernen Staates herauswächst. Aus dieser dauernden Neugebung der sozialen Struktur mit ihren neuen Bedürfnissen gewinnt aber auch die Hausfrauentätigkeit eine andere Bedeutung, ganz besonders im Proletariat. Wir haben uns theoretisch viel mit der durch den modernen Wirtschaftspraktik geförderten Auflösung der Familie beschäftigt und sind damit auch vielfach mißverstanden worden. Die Zerlegung der patriarchalischen Verhältnisse durch die moderne Wirtschaftsentwicklung hat die volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung hausfraulicher Tätigkeit ebenjenseitig verringert, viel eher gesteigert, wie der Ge-

lernen müßten (wenigstens eine Erkenntnis! D. Red.), um dann im Großen, also im Reich, reagieren zu können. Im übrigen werde es, so sagte Buttman, mit der Wirtschaft in den „böhsigen“ Gemeindeparlamenten ein Ende haben, da sich auch hier die Nationalsozialisten als ein Recht im Kampfe zu bemerken hätten. In jedem Falle sei eine der Hauptforderungen der Nationalsozialisten, die Juden aus den Gemeindeparlamenten zu halten.

Ähnere jüdischen Staatsbürger wissen also, woran sie mit den Nationalsozialisten bei den Gemeindevahlen sind. Soweit uns bekannt ist, befinden sich in den badischen Gemeindeparlamenten wenig Juden. Wo solche vorhanden sind, haben sie in jedem Fall für die Gemeinde erprieckliche Arbeit geleistet. Das kann man speziell von den in badischen Städtevertretungen befindlichen Juden sagen. Wir glauben nicht, daß ein guter Tausch gemacht wird, wenn statt der Juden die Nationalsozialisten mit ihrer Rabaupolitik und ihren persönlichen Annahungen an diese Stelle treten.

Vom Kampffeld

Neudorf bei Graben. Vorigen Sonntag fand hier im Goltshaus zum „Lama“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufwies. Nachdem Gen. Schäfer die Tätigkeit der Gemeindevverwaltung, insbesondere das Verhalten des Bürgermeisters beim Schulbau, von dem nach Verlauf von 2 Jahren dem Bürgerauschuss noch keine Abrechnung zur-

kenntnis kam, behandelt hatte, ging Gen. Dröllinger zur Sache auf unsere kommunalpolitischen Forderungen, sowie auf die Bedeutung und verantwortungsvolle Arbeit des Bezirksrats am Freitag ein und forderte auf, am 16. November die Wahlen zu wählen. Die hierauf folgende Diskussion dehnte sich bis 8 Uhr hin.

Literatur

Alle an dieser Stelle besprochenen und angeführten Bücher sind im Verlage der Nationalsozialistischen Partei erschienen.

Badische Gemeindeordnung

Noch rechtzeitig vor den Novemberwahlen hat der Verlag 3. September in Mannheim die neue 3. Auflage der badischen Gemeindeordnung herausgebracht und damit einen großen Mangel abgedreht. Denn eine solche Ausgabe war schon längst überfällig. Sie enthält nicht allein die Gemeindeordnung, sondern auch noch die Satzungsordnung, Gemeindeverordnungen und Geschäftsverordnungen für die Bürgerausschüsse und Gemeindevorstände. Auch sind die für ihre Durchführung notwendigen Vorzüge als Muster abgedruckt. Ein ausführliches Sachregister, das ein schnelles Nachschlagen gerade Gemeindeführern ermöglicht, befindet sich am Schluss. Damit wird der Gebrauch zweifelsfrei erhöht. Das handliche Format, für die Berechnung, wird jedem Benutzer willkommen sein. Der Preis dieser Ausgabe ist 1,20 M. Die benötigten Gemeindevahlen werden die Ausgabe dieser Ausgabe notwendig machen. Die politischen Parteien und Kandidaten, besonders aber die Sozialisten und die mit der Durchführung der Wahl betrauten Beamten, dürfen die Ausgabe nicht verpassen.

Die Masse wählt Lüge 2
SOZIALDEMOKRATEN.

Badisches Volk! Hilf dir selbst!

Die Sterblichkeit an Krebs steigt; 8 Deutsche sterben stündlich an Krebs.
 In einem ländlichen Amtsbezirk mit 45 000 Einwohnern starben im ersten Halbjahr 1930 an Tuberkulose 6, an Krebs aber 33 Personen. Der Krebs ist hauptsächlich eine Krankheit des mittleren und fortgeschrittenen Alters. Vom 40. Lebensjahr ab fällt jeder 10. Mann und vom 45. Lebensjahr ab schon jede 7. Frau dem Krebs zum Opfer.

Was ist Krebs?

Krebs ist eine soz. bösartige Neubildung (Geschwulst), vom Volksmund häufig auch „Geschwür“ genannt. Die ersten Anzeichen verursachen vielfach keine Schmerzen und werden deshalb in der Regel nicht beachtet oder verkannt.

Ist Krebs heilbar?

Früh erkannt und richtig behandelt, ist in der Regel Heilung, mindestens aber weitgehende Besserung möglich. Krebs heilt aber niemals von selbst oder durch Quacksalberei. Geht deshalb immer zum Arzt, nie zu einem Kurpfuscher. Neben anderen wirksamen Behandlungsmethoden (Operation, Röntgenbestrahlung) ist heute

die Bestrahlung mit Radium

eine der erfolgreichsten.

Was ist Radium?

Radium ist ein Metallsalz, welches drei Arten von Strahlen ausstrahlt, darunter eine solche, welche den menschlichen Körper noch besser durchdringt, als die Röntgenstrahlen. Es wird auf einem sehr komplizierten und daher äußerst kostspieligen Wege aus gewissen Erzen gewonnen, so z. B. aus der Uran-Verschöndel. Zur Herstellung eines einzigen Gramms müssen etwa 5000 Tonnen Erz, also zehn Güterwägen mit je 50 Waagon bearbeitet und ausgeschleudert werden. Deshalb und weil das Radium ausbeutewürdig eigentlich auf der ganzen Welt nur an zwei Stellen (belgisch Congo und Tschechoslowakei) vorkommt, der hohe Preis (Monopol).

Ein einziges Gramm dieses Radiumsalzes kostet heute ohne Instrumentarium rund 275 000 RM.

Wird der Preis in absehbarer Zeit sinken?

In den ersten 25 Jahren nach der im Jahre 1898 erfolgten Entdeckung konnten für den Bedarf der ganzen Welt insgesamt erst etwa 100 Gramm produziert werden. Da die Bedeutung des Radiums — und damit auch die Nachfrage — ständig zunimmt, die Produktion diesen Bedarf aber nicht decken kann, wird mit einem wesentlichen Sinken des Preises in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sein, es sei denn, daß eine billigere Herstellungsmethode erfunden wird und dadurch auch andere Lager ausbeutewürdig werden (Konkurrenz). Bis dieser Umstand eintritt oder bis die gemeinsamen Bestrebungen der Krebsbekämpfungsgesellschaften der verschiedenen Länder, durch gemeinsame Beschaffung des Radiums eine Senkung des Preises herbeizuführen, einen durchschlagenden Erfolg haben, kann man die armen Krebskranken nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. In diesem Falle heißt es: Das eine tun und das andere nicht lassen.

Ist die Beschaffung von Radium für die Kliniken und Krankenhäuser nicht eine Aufgabe des Staates und der Gemeinden?

Man kann diese Frage bejahen oder verneinen. Sowie ist ganz gewiß: Staat und Gemeinden stehen heute bei sinkenden Einnahmen steigenden Kosten auf allen Gebieten, insbesondere aber auf dem der unmittelbaren Wohlfahrtspflege gegenüber. Selbst wenn diese Kosten beim Ansehen der Wirtschaft wieder geringer werden, ist doch auf Jahre hinaus nicht zu hoffen, daß sie in der Lage sein werden, die zum Einkauf von Radium erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wer will aber verlangen, daß bis dahin die Krebskranken das als außergewöhnlich erfolgreich erkannte Heilmittel entbehren müssen?

Helft aufklären!

Gebe deshalb jedermann nach seinen Kräften zur

Helf! Elend lindern!

Radiumspende des badischen Volkes zur Bekämpfung des Krebses vom 9. bis 16. November 1930

Karlsruhe, im Oktober 1930.

Badischer Landesverband zur Bekämpfung des Krebses

Ebenso wie in ganz Deutschland, ist auch in Baden viel zu wenig Radium vorhanden. Es ist berechnet worden, daß alle Krankenanstalten aufammengekommen nicht einmal den vierten Teil jener Radiummenge besitzen, welche zur Befriedigung auch nur der dringlichsten Bedürfnisse erforderlich wäre.

Benötigt werden in Baden für etwa 8 Beratungs- und Fürsorgestellen je 100—200 Milligramm und für eine Großstation etwa 3 Gramm Radium.

Das badische Volk als Ganzes muß nunmehr in vorbildlicher Weise zusammenstehen, den Kampf aufnehmen und gemeinsam in kleinen und kleinsten Beträgen die Mittel beschaffen.

Der badische Landesverband zur Bekämpfung des Krebses läuft mit den gesammelten Geldern Radium und gibt dieses teilweise an die Kliniken und Krankenhäuser. Da das geschenkte Kapital nicht verzinst zu werden braucht, kann auf diese Weise die Behandlung der Krebskranken verbilligt werden.

Wenn das Radium zur Behandlung privat geliehen werden muß, entfallen im Einzelfall so hohe Kosten (mehrere Hunderte, ja Tausende von Mark), daß sie fast niemand tragen kann.

Wer ist der Badische Landesverband zur Bekämpfung des Krebses und welche Aufgaben hat er?

Er ist ein Verein, dem vom Bad. Staatsministerium durch Entschließung vom 2. Juni 1929 Körperschaftsrechte verliehen sind. In seinem Arbeitsausschuß sind neben den Ministern, der Landesfürsorgebehörde, der Landesversicherungsanstalt, die Fürsorgeverbände, die Kreise, Städte und Gemeinden, die medizinischen Fakultäten der beiden Landesuniversitäten, die Vertriebsstellen, die Krankenfallen sowie die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsvereine vertreten.

Neben der Förderung der Erforschung der Krebskrankheiten und ihrer Bekämpfung betreibt er auch praktische Fürsorge bei bedürftigen Krebskranken durch Übernahme der teilweise oder der gesamten Behandlungs- und Verpflegungskosten. Alle Bemühungen werden unentgeltlich von der Landesversicherungsanstalt Baden besorgt.

Der Landesverband ist also so recht die Vertretung des ganzen badischen Volkes im Kampf gegen den Krebs. Deshalb darf er sich auch für berechtigt halten, das badische Volk zur Selbsthilfe aufzurufen.

Die Durchführung der Radiumspende bezweckt neben der Geldsammelung auch eine großzügige Aufklärung des Volkes.

So wie die Tuberkulose als Volksseuche erkannt, gewertet, mit Erfolg bekämpft und zum Rückgang gezwungen wurde, so muß es auch beim Krebs werden.

Die für die Durchführung dieser Sammlung gemachten Aufwendungen an Zeit, Arbeitskraft und Geld werden ihren großen Nutzen selbst dann haben, wenn die Sammlung als solche mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse nur einen im Verhältnis zum Radiumpreis geringen Betrag erbringen kann.

Niemand weiß, ob zu seiner eigenen oder zur Behandlung seiner Angehörigen einmal Radium gebraucht wird.

Eine Gabe zur Radiumspende ist daher nicht nur eine Tat echter Nächstenliebe, sondern zugleich auch eine Vorsorge für sich und die Angehörigen.

Sobald jemand von uns an alle, welche den Krebs schon in ihrer Familie kennen lernen müssen und all die körperliche und seelische Pein miterleben haben, die er den Kranken und seiner Umgebung bereitet, ihr seib die berufenen Mitkämpfer! Unterstützt die Sammlung durch Wort und Tat!

Wer will für die armen Krebskranken kein Opfer bringen?

Wer könnte nicht, auch wenn er noch so sparen muß, eine kleine Gabe freimachen?

Frischer Kaviar 50 im Anschnitt 54
Fischliet, Schellfische, Bratschellfische, Räucherfische
Fischabteilung Marktplatz:
 Frische Fluß- u. Seefische, u. a.:
 Heilbutt, im ganzen Fisch 95
 Angelschellfische 55
 Goldbarsch 50
 Zander
 Grüne Heringe 3 85
 Hasen, ganz u. zerlegt
 Geflügel aus eigener Farm

Pfankueh Lebensmittel

Zitherklub Mühlburg 1894
 Mitglied des Bad.-Rhein.-Zitherbundes Gau III
 Sonntag, den 9. November 1930, nachm. 5 Uhr, im großen Saale des „Köhlen Kruges“
Herbst-Konzert
 unter gell. Mitwirkung von Herrn Lautensinger AD. FRITZSCH-Karlsruhe
 Musikal. Leitung: Herr ERNST WOLLENSACK
 Eintritt 1.—RM. Vorverkauf —.80 RM.
 Karten sind zu haben im Vereinstokal zur 1016 Brunnenstraße, Hardtstraße 44.
 Nach Schluß des Konzertes **Großer Ball**

Tanz-LEHRINSTITUT BRAUNAGEL
 Nowacksanlage 13 Tel. 5859
 10. Nov. beg. Anläuger-Kurs
 Einzelunterricht und Anmeldung jederzeit
Gänselebern Gänselebern
 K. Moser G. Meib
 Krenztstraße 20, 2. Et. Erbsingstraße 21
 2. Stad. 7011

Schlafzimmer
 aparte u. odelle, in Vork mit Eiche gebeißt und hoch poliert, zu beinahe billigen Preisen
 kompl. Zimmer 4.200,- 50.450,- 580,-
Sain & Künzler
 Waldstr. 6 Baden
 Zahnes möblieres Zimmer
 billig zu vermieten
 Rebenstraße 7, 4. 7

KAMERAD IM WESTEN Ein Bericht in 221 Photos Preis: Gebunden 6 Mark
 Das große Bild-Dokument der Westfront — Zu beziehen durch:
 Volksfreund-Buchhandlung, Waldstraße 28, Fernruf 7020 21

Badisches Landesstheater
 Donnerstag, 6. Nov. 1930
 (Donnerstagsmiete)
 Th.-Gem. 1351—1500
Advokat Patelin
 Schwan von Gruenp und Balaprat
 Regie: Baumbach
 Musikalische Leitung: Frauendörfer
 Musikanten: Grot, Adter, Kieckel, Rehner, Müller, v. d. Trend
Der Diener zweier Herren
 Musik von Goldoni
 Regie: Baumbach
 Musikalische Leitung: Frauendörfer
 Musikanten: Grot, Adter, Kieckel, Rehner, Müller, v. d. Trend
 Anfang 19 1/2 Uhr Ende 22 1/2 Uhr
 Stelle A (0.70—5.00.4)

Schlafdecken
 in großer Auswahl, nur prima Fabrikate
 per Stüek Mk. 15.- 12.- 8.- 6.- 5.- 3.- 2.50
 2.-
 Große Auswahl in **Kamelhaardecken Steppdecken, Diwanddecken, Pferdeteppiche, Regenteppiche**
 Kein Laden!
 Lagerbesuch jedermann lohnend!
Arthur Baer
 Kaiserstraße 133
 Eing. Kreuzstr. gegenüb. der Kleinen Kirche
 Verkaufsräume nur eine Treppe hoch
 Ratenaufschub

Kaufmann-Wirtschaft
 KARLSRUHE
 Jeden Donnerstag ab 1/6 Uhr
Großes Schichtfest
 In allen Wirt- schaftsräumen: **Metzel-Suppe**
 Original-Schichtplatte
 Original-Hausmacher-Bratwürst
 Echt Münchener Schwinswurst
 vom Rest
 Es ladet freundlich ein
 JOSEPH WIMMER

Colloleum
 Heute abends 8 Uhr:
Hollywood
 Die große amerikanische Schau
 2 Kapellen
Mieter- und Bauverein Karlsruhe
 e. G. m. b. H.
 Wir haben auf 15. Dez. d. J. zu vermieta: 11. 2. Stad. eine 3-Zimmerwohnung mit Bad, Wärmeverb. und sonstigen Annehmlichkeiten. Bewerbungen von Mitglidern wollen bis längstens Samstag, den 8. d. Mts. im Büro, Söllinger Str. 3, erfolgen. 7021
 Die Verlosung findet am Dienstag, den 11. d. Mts. abends 7 1/2 Uhr danielstr. 5, Nov. 1930 statt.
 Der Vorstand.

Kindermehl
 muß 1886
Gemüse
 enthalten sagt der Arzt
 Verlassen Sie **Roth's**
 Gemüsesäckchen in den Apotheken und Drogerien.

Fräulein
 23 Jahre alt, kath. eine Tochter, mit späterem Verlangen wünscht mit solchem Herrn zwecks späterer Heirat bekannt zu werden. Gest. Offert unter W 7009 an das Volksfreundbüro
Neue Schnellwaage
 1000—2000 g. mit Preis- skala 2.20.4.4. bei D. H. Nr. 7008a, d. Volksfr.
Friedrich Döpper
 Haarl. Kutterer-Schneid- meister der preuss. 1. Ado.
Klassen-Lotterie
 Karlsruhe, Krenztstr. 3a
 Erste Wuppertaler Straße
 Telefon 5295
 und Filialen
 Wesentliche Erhöhung der Gewinnmöglichkeit, da Verlosung der Mittelgewinne bei gleicher Loszahl.
Ziehung 2. Klasse 21 Den 22. Nov. 1930
 1. Klasse 14. November.



KAMERAD IM WESTEN Ein Bericht in 221 Photos Preis: Gebunden 6 Mark
 Das große Bild-Dokument der Westfront — Zu beziehen durch:
 Volksfreund-Buchhandlung, Waldstraße 28, Fernruf 7020 21